Heute 10 Seiten

Einzelpreis 20 gr

Posener Tageblatt

Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł, mit Zustellgeld in Posen 4.40 zł, in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.39 zł, vierteljährlich 13.16 zł. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmk. Einzelnummer 20 gr. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes", Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto-Inh.: Concordia Sp. Akc.). Fernsprecher 6105, 6275.



74. Jahrgang | Freitag, 29. November 1935 | Nr. 275

Herrn Wiesners „Volksprogramm"

Posen, den 28. November.

Das Parteiblatt der „Jungdeutschen" Partei hat die Rede, nein — das „Volksprogramm" abgedruckt, das Herr „Landesleiter" Wiesner aus Bielitz auf der „Amtswaltertagung" seiner Partei in Posen verkündet hat. Als Herr Wiesner am 5. Mai 1935, bekanntlich einem jungdeutschen „Heldengedenktage", in Posen seine Zirkusrede gehalten hatte, verriet sein Parteiblatt über ihren Inhalt nichts, sondern teilte nur kurz und schlicht mit, daß er geredet hatte. Man durfte deshalb gespannt darauf sein, einmal zu erfahren, was dieser Herr „Landesleiter" zu sagen hat. Es ist bitter: Herr Wiesner, der nach eigener Aussage sich angeblich schon seit über 15 Jahren mit der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes befaßt, Ideen und Führerprobleme in seinem Haupte wälzt und vor eindreiviertel Jahren uns das niederdrückende Ergebnis seiner angestrengten Geistesarbeit glaubte vermitteln zu müssen — dieser Herr Wiesner weiß auch heute noch nichts, gar nichts zu sagen, obwohl er viel geredet hat. Denn das, was er geredet hat, war Blech.

Herr Wiesner hat proklamiert, daß seine Partei „in Zukunft vollkommen andere Wege gehen und andere Methoden des Kampfes anwenden" werde. Herr Wiesner wird wissen, weshalb er andere Wege und andere Methoden notwendig hat. Aber was sollte dann gleich nach der Rede des Herrn Wiesner der klägliche Versuch bedeuten, die große öffentliche Versammlung der Deutschen Vereinigung in Posen am 22. November mit Feuerwerkskörpern zu stören? Hat Herrn Wiesners Gefolgschaft auch hier wieder nicht die vielgerühmte Disziplin, der neuen Parole zu folgen? Oder hat sie in ihrer begreiflichen Nervosität jetzt vollends den Kopf verloren? Oder besteht für Herrn Wiesner das „vollkommen andere" der Methode bereits darin, daß er statt der Knüppelparole seines Genossen Uhle die Knallerbsenparole proklamiert? Und wie stimmt es zu der neuen Parole des Herrn „Landesleiters", wenn gleich nach seiner Rede der „Gauleiter" Herr Spitzer eine neue Knüppelparole ausgab? War dabei nur der Konkurrenzkampf zwischen dem Herrn „Gauleiter" für Pommerellen und den Netzegau und dem Herrn „Gauleiter" für Posen maßgebend? Oder bestätigt dieser drastische Vorgang nur erneut, daß in der „Jungdeutschen" Partei die Linke nicht weiß, was die Rechte tut?

Herr „Landesleiter" Wiesner sprach dann folgende goldenen Worte:

> „Es war tief betrübend, daß gerade in dieser Verfallzeit (gemeint sind die Jahre seit 1920!) Menschen an der Führung dieser Volksgruppe standen, die ... selbst nicht den Willen aufbrachten, schicksalsgestaltend in diesen Existenzkampf einer Volksgruppe einzugreifen, und die nur selbst darauf bedacht waren, so rasch wie möglich diesen Kampf zu liquidieren und ihr Heil darin zu suchen, auf ihrem Altenteil auszuruhen."

In unserer Volkstumsführung hat damals niemand daran gedacht, sich auszuruhen. In unserem Gebiete ist Anfang November 1918 der Deutsche Volksrat gegründet worden. Nach der behördlich im Januar 1920 nicht zur Abwanderung bewogen ist der Deutschtumsbund errichtet worden, der allein im Posener Bezirk mehr als 30 000 Mitglieder umfaßt hat. Die hiesigen Führer sind auch durch die Internierung im Sommer 1919 und im Herbst 1920 nicht zur Abwanderungn bewogen worden, sondern haben ihr vielmehr entgegengewirkt. Sie haben sich in der Optantenfrage der epidemisch auftretenden Optierungsseuche entgegengestellt. Die Schließung des Deutschtumsbundes im August 1923 brachte ihnen eine Strafverfolgung und endete im Jahre 1932 mit der Verurteilung mehrerer Männer, die auch heute noch in verantwortlicher Stellung bei uns tätig sind. Nach der Schließung des Deutschtumsbundes haben unsere Deutschtumsführer gemeinsam mit dem Bromberger Ausschuß dennoch die Deutschen politisch zusammengefaßt, so daß bei den Wahlen stets einheitlich gewählt worden ist, zur Bewunderung unserer polnischen Landsleute, denen die Disziplin der Deutschen zum Schutz ihrer gemeinsamen Sache unerschütterlich schien. Auf berufsständischem, wirtschaftlichem und kirchlichem Gebiete sind einheitliche und erfolgreich wirkende Organisationen nach dem völligen Zusammenbruch des deutschen Volkes im Anschluß an den Kriegsausgang ins Leben gerufen worden. Die alten und scheinbar unüberbrückbaren Spaltungen in verschiedene, einander heftig bekämpfende Parteien und Organisationen sind überwunden worden.

War das alles nichts? Was aber haben Herr Wiesner und seine Freunde in dieser verantwortungsschweren Zeit geleistet? Nicht einmal aus dem Bielitzer Ländchen ist darüber irgendetwas von Belang zu berichten.

Wenn Herr Wiesner 15 Jahre lang im Geiste des Nationalsozialismus gewirkt haben will — wo ist dann die Frucht dieses Wirkens, wo ist dann auch nur eine einzige positive Leistung außer der, daß er den zahlreichen schlesischen deutschen Parteien noch eine weitere hinzugefügt hat? Und es hätte Herrn Wiesner doch bei seiner — wenn man ihm glauben dürfte — unvergleichlichen Energie ein leichtes gewesen sein müssen, der bisherigen, wie er sagt, unfähigen, hoffnungslosen, willenlosen, liquidationsbereiten und altenteilsüchtigen Deutschtumsführung die Zügel aus den angeblich so schlaffen Händen zu nehmen. Wo ist denn Herrn Wiesners Energie in diesen 15 Jahren geblieben? Herr Wiesner sollte ruhig dort weiterschlafen, wo er 15 Jahre lang geschlafen hat.

Mit seiner schlafwandlerischen Sicherheit hat Herr Wiesner in seiner Rede die Rezepte gefunden, mit denen den wirtschaftlichen Nöten des Deutschtums ein Ende gemacht werden soll. Für alle, die arbeitslos sind, auch für unsere Bauernsöhne, die nach Selbständigkeit streben, weiß er Rat:

> „In unserer Volksgruppe muß genau festgestellt werden, wieviel Existenzen in dem einen oder anderen Stande möglich sind, und danach muß auch der einzelne Deutsche angehalten werden, sich diesem oder jenem Berufe zuzuwenden ... Wer sich diesen Grundforderungen unterwirft, für den wird auch die Volksgruppe die volle Verantwortung dafür übernehmen (!) und ihm die Gewähr geben (!), daß auch für seine Zukunft gesorgt und seine Existenz gesichert ist (!)."

Welches Maß von Verantwortungslosigkeit oder Unkenntnis gehört dazu, derartige unerfüllbaren Versprechungen seinen Anhängern vorzureden? Es kommt allerdings noch ein Nachsatz, aber der macht die Sache nicht besser, sondern noch schlimmer, denn man ersieht daraus, daß Herr Wiesner selbst sich über die Unerfüllbarkeit seiner Versprechungen doch wohl im klaren ist: „Wir sind uns dessen bewußt, daß wir ohne Hilfe des Staates und seiner Organe dieses Problem nicht restlos lösen können ..." Also der Staat kann nun nach Ansicht von Herrn Wiesner nicht an dieser Frage vorübergehen. Und damit wäre wohl nach Herrn Wiesner die Arbeitslosenfrage für unser Volkstum gelöst? Wie einfach! Und wie merkwürdig, daß vorher noch niemand auf diese einfache Lösung, die dem Ei des Kolumbus gleicht, gekommen ist! Der Staat, der nach Herrn Wiesner nicht daran vorüberkann, wird dem großen „Landesführer" für den Hinweis gewiß dankbar sein und schnell die Wirtschaft in Ordnung bringen. Der Staat hatte das bisher sicherlich bloß übersehen, bis der seherische Blick des großen Bielitzers ihn den richtigen Weg hat finden lassen.

Wenn wir noch in der Lage sein könnten, Herrn Wiesner guten Glauben zuzubilligen, dann würden diese Feststellungen erneut bestätigen, daß Herr Wiesner die letzten 15 Jahre einfach verschlafen hat. In derselben Zeit haben sich aber jene anderen, die er heute mit Schmutz bewirft, unermüdlich eingesetzt, um die Lebensbedingungen für unsere deutsche Volksgruppe so erträglich wie möglich zu machen. Wir brauchen andererseits nur daran zu erinnern, wie Herr Wiesner auf seinen Redereisen durch das Posener Land im Frühjahr 1934 allerorten sein „Volksprogramm" der Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Bauernansetzung öffentlich verkündete nach dem einfachen,

Volkstagssitzung in Danzig

Scharfe Polemik Greisers gegen die Opposition und den Völkerbund

Danzig, 27. November. Nach dreimonatiger Pause trat am Mittwoch nachmittag der Danziger Volkstag zu seiner 7. Vollsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand ein Gesetzentwurf über Gewährung von Straffreiheit, der mit den Stimmen der NSDAP, der KPD und der Polen angenommen wurde.

Nach dem Gesetz werden Geldstrafen bis zu 600 Gulden und Freiheitsstrafen bis zu vier Monaten, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt und noch nicht vollstreckt sind, erlassen. Anhängige Verfahren wegen Straftaten werden eingestellt, wenn keine höheren Strafen als Geldstrafen bis zu 600 Gulden oder Freiheitsstrafen bis zu 4 Monaten allein oder nebeneinander zu erwarten sind. Disziplinarverfahren werden eingestellt, wenn sie wegen politischer Verfehlungen eingeleitet und noch nicht rechtskräftig geworden sind.

Finanzsenator Dr. Hoppenrath gab in längeren Ausführungen über die Haushaltslage Aufklärung. Er betonte, daß die Finanzlage der Freien Stadt Danzig gesund und der Haushalt ausgeglichen sei.

Senatspräsident Greiser gab dann die Regierungserklärung ab und nahm ausführlich zur innen- und außenpolitischen Lage der Freien Stadt Danzig Stellung. Er hob dabei hervor, daß die Oppositionsparteien seiner Aufforderung zur Mitarbeit nicht Folge geleistet hätten. Den Kampf der Oppositionsparteien bestimme nicht der Wille zur positiven Mitarbeit, nicht der Wille zur Verwirklichung besserer Vorschläge, sondern einzig das Ziel, den durch die Größe der Idee in der nationalsozialistischen Weltanschauung überwundenen politischen Zwiespalt des deutsches Volkes hier in Danzig wieder neu aufleben zu lassen. Während die Danziger Bevölkerung in ihrem gesunden Kern der nationalsozialistischen Bewegung als dem Träger der Idee die Treue halte, stehe man vor der traurigen Tatsache, daß dieser Kern sich verteidigen müsse gegen jene ehrgeizigen Parteipolitiker, die nicht das Große sehen wollten und damit die Kleinheit der eigenen Kraft und Persönlichkeit zu umkleiden versuchten mit der Autorität des Völkerbundes.

„Ich muß es also," fuhr Greiser fort, „wohl oder übel aufgeben, meine Bitte um sachliche Kritik und Mitarbeit zu wiederholen. Diese Aufgabe eines Standpunktes, der für mich ehrlich war, ist natürlich nicht leicht. Und so will ich denn, bevor ich den Bruch ganz — dann aber rücksichtslos — vollziehe, noch einmal die Möglichkeit einer Annäherung versuchen. Die Plattform für diese Möglichkeit hat die Vorlage zur Amnestie abgegeben, welche heute durch Beschluß des Volkstages zum Gesetz erhoben worden ist. Der Senat hat damit einerseits wiederum tatkräftig seinen Willen bekundet, das politische Leben Danzigs einer Befriedung entgegenzuführen. Diese Geste ist der Ausdruck innerer Stärke, die alle aufbauwilligen Elemente an den Staat heran- und in das Volk zurückführen will."

Der Senatspräsident erwähnte dann, daß von rund 5800 Pensionären bis jetzt, entsprechend der Aufforderung des Senats, ein Drittel ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegt habe. Von den Arbeitern hätten heute bereits mehrere Tausend in Deutschland Arbeit und Brot gefunden. Die Danziger Landespolizei habe im Rahmen des Sparsamkeitsprogrammes aufgelöst werden müssen. Die vorhandenen Beamten und Angestellten seien anderweitig untergebracht.

Der Senatspräsident kam dann auf das Urteil des Danziger Obergerichts zu sprechen, das die Volkstagswahl vom 7. April dieses Jahres für gültig erklärt hat. Zu der Ansicht der Opposition, daß das Zeichen parteipolitischer Embleme an staatlichen Gebäuden mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sei, erklärte er: „Unsere sogenannte Parteifahne ist heute die Fahne Deutschlands. Das Zeichen unserer nationalsozialistischen Weltanschauung ist heute die Flagge der deutschen Wehrmacht. Unser Führer ist heute der Führer des deutschen Volkes, und niemals wird eine nationalsozialistische Regierung etwas dagegen haben, wenn bei besonders feierlichen Gelegenheiten, bei denen das Deutschtum betont werden soll, auch die Zeichen des neuen Deutschlands äußerlich sichtbar in Erscheinung treten. Danzig ist ein auch vom Völkerbund anerkannter deutscher Staat, und diese Tatsache wird der Regierung das Recht geben, diejenigen Presseerzeugnisse von der Bildfläche verschwinden zu lassen, die durch ihre Hetzartikel die deutsche Reichsflagge beleidigen und damit unser ausgezeichnet freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stören.

Daß die Oppositionsparteien in ihrer Unzufriedenheit mit dem Urteil des Obergerichtes wieder Bundesgenossen suchen, die kein anständiger Deutscher in Danzig für sich in Anspruch nehmen sollte, spricht seine eigene Sprache. Ich weiß, daß man versucht, den Völkerbund gegen dieses Urteil einzuspannen. Parteiführer, die so etwas fertig bekommen, stellen sich", so erklärte Senatspräsident Greiser, „außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Mir ist jedoch berichtet worden und zwar aus sehr zuverlässiger Quelle, daß der Vertreter des Völkerbundes in Danzig von sich aus diese Wünsche der undeutschen Opposition sich zu eigen gemacht hätte, um den Völkerbund entsprechend zu beeinflussen und zu einer Beschlußfassung zu bringen."

Zum Schluß führte der Senatspräsident unter anderem aus: „Die Ursache der Abtrennung Danzigs vom Mutterland, der neugeschaffenen Republik Polen einen freien Zugang zum Meere zu gewährleisten, wird heute vom deutschen Volke und auch von der Freien Stadt Danzig aus freien Stücken als politisches Gesetz geachtet. Damit ist die Erörterung über den Bestand und die Entwicklung dieses abgetrennten Gebietes nicht mehr allein das Vorrecht der Genfer Einrichtungen, und wenn es so wäre, hätte das Wort von der Selbstbestimmung der Völker kein Recht.

Das einmal für kurze Zeit im Sommer dieses Jahres getrübte freundschaftliche Verhältnis zwischen Danzig und Polen ist zur Befriedigung des Senats wiederhergestellt. Wir freuen uns auch besonders, daß unser Mutterland, Deutschland, zu unserem Nachbarstaat Polen seine Beziehungen auf der gleichen freundschaftlichen Grundlage unterhält. Die wirtschaftliche und völkische Aufwärtsentwicklung in unserem Mutterlande gibt uns nicht nur innere Befriedigung, sondern auch den seelischen Halt, der notwendig ist, um unser hartes Schicksal hier zu meistern."

aber schönen Rezept: „Man nehme ein Rittergut von 2000 Morgen, teile es in 40 gleich große Teile und setze darauf 40 deutsche Bauern an!" Herr Wiesner mußte sich erst hier im Kreise schlichter Bauern, die allerdings mehr wußten als er, dahin belehren lassen, daß das nicht so ganz einfach geht, sondern daß die Siedlung Sache des Staates ist. Herr Wiesner hatte auch keine Ahnung davon, daß sofort nach der Einführung der Agrarreform hartnäckige, aber erfolglose Versuche von der Führung des Deutschtums unternommen worden sind, um die Beteiligung deutschen Bauerntums an der Landverteilung auf Grund der Parzellierung zu erreichen. Herr Wiesner war durch diese Eröffnungen sehr überrascht und höchst indigniert, aber er mußte zugeben, daß er es nur für notwendig gehalten hatte, sich auch nur notdürftig mit der sachlichen Kenntnis der Dinge vertraut zu machen, mit denen er die Welt in Bewegung bringen wollte. Dem „verantwortungsbewußten Parteiführer" genügte es, schimpfen zu können.

Und wie denkt sich Herr Wiesner es weiter, wenn er sagt, „daß es uns niemals gelingen wird, alle Arbeitslosen der Industriegebiete unterzubringen, sondern daß es vielfach notwendig sein wird, eine Umschulung für andere Berufe vorzunehmen"? Aber Herr Wiesner hat es ja kraft seiner Würde als Parteioberhaupt nicht nötig, sich über Fragen der praktischen Durchführung Gedanken zu machen — es genügt ihm, seinen Anhängern statt Brot irgendwelche tönenden Worte zu reichen. Ob das auf die Dauer seinen Anhängern auch genügen wird, ist eine andere Frage.

Herr Wiesner möchte glauben machen, daß man die Zahl der erwerbslosen Industriearbeiter aus Oberschlesien und Mittelpolen „auf ein Mindestmaß herabdrücken" könne, „sei es auch durch Verhandlungen mit dem Staat". Herr Wiesner möchte mit diesen verheißungsvollen Worten über die ungeheuren Opfer hinweggleiten, die von den oberschlesischen deutschen Industriebetrieben im Laufe der Jahre bereits gebracht worden sind, um ihren Unternehmungen eine deutsche Leitung und die Beschäftigung deutscher Angestellter und Arbeiter zu erhalten. Es hat alles nichts genützt — nicht einmal unter dem Schutze der Sonderrechte auf Grund der oberschlesischen Konvention, die 1937 abläuft. Die Einsetzung der staatlichen Zwangsverwaltung bei Pleß und bei der Interessengemeinschaft (Königs- und Laurahütte, Kattowitzer Bergbau, Bismarckhütte) und die Entlassung der deutschen Beamten und Arbeiter durch die Zwangsverwalter sprechen eine beredte Sprache. Herr Wiesner aber spricht von — Verhandlungen.

Mit Herrn Wiesners böswilligen Verdrehungen über unsere hiesigen Wirtschaftsorganisationen und unser deutsches Vereinswesen haben wir uns schon in früheren Aufsätzen befaßt. Sein unverständliches Gefasel über „die klerikale Reaktion", gegen die er im gegebenen Augenblick „zuzuschlagen" sich geneigt erklärt, versteht er höchstwahrscheinlich selbst nicht. Jeder Verantwortung bar ist das, was Herr Wiesner über unser Schulwesen geredet hat: „Es ist unsinnig," so verkündet er, „wenn wir stolz darauf sind, eine Unmenge (!) von Gymnasien zu besitzen," und im Zusammenhang damit: „Alles Ueberflüssige muß fallen, weil es nur einen Ballast für die ganze Volksgruppe bedeutet." Und dann: „Wir sollen unseren Stolz darein setzen, die besten Volksschulen und Fachschulen zu besitzen." Niemand, der schon nach allem Vorausgegangenen notwendigerweise zu der rechten Einschätzung Herrn Wiesners gelangen mußte, wird noch von ihm verlangen, zu wissen, daß dem Deutschtum für jedes Gymnasium, das es freiwillig preisgeben würde, auch nicht eine einzige private oder gar staatliche Volksschule oder Fachschule geöffnet werden würde. Man kann auch nicht mehr von ihm verlangen, daß er sich über die ungeheure Not unseres deutschen Volksschulwesens überhaupt bloß unterrichtet. Man kann von einem solchen Manne nicht mehr verlangen, zu wissen, daß heute fast mit jedem deutschen privaten Gymnasium eine private Volksschule verbunden ist, um auch auf diese Weise der Not unseres Volksschulwesens nach Kräften zu steuern. Ebensowenig kann man noch von ihm verlangen, zu wissen, daß eine deutsche Fachschule ebenso eine staatliche Genehmigung haben muß wie jede andere Schule.

Aber was kann man dann überhaupt nur noch von Herrn Wiesner verlangen? Wir denken, das, was jeder anständige Deutsche immer noch von ihm verlangen kann, ist, daß er den Mund hält, wenn er nichts Vernünftiges zu sagen weiß und wenn seine Kenntnisse nicht ausreichen, um etwas Vernünftiges zu sagen. Wir haben nichts dagegen, wenn er über die Anlage von Talsperren spricht, denn wir glauben zu wissen, daß er davon etwas versteht.

Wir Deutschen in Polen streben zu neuen Ufern in der Gestaltung unseres völkischen Lebens und ersehnen einen neuen Tag, den Tag der Einigkeit von innen und der Gerechtigkeit von außen. Am Ufer des Herrn Wiesner wird es nie tagen.

Feststellungen

Der Nr. 48 des „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblattes" entnehmen wir folgende Klarstellung des Verbandes deutscher Genossenschaften:

Das Parteiblatt der JDP, die „Deutschen Nachrichten", hat in seiner Nr. 259 einen entstellenden Bericht über unseren Unterverbandstag in Gnesen gebracht. Nachdem das Zentralwochenblatt in Nr. 46 einen Bericht über diese Tagung gebracht hat, erübrigt sich eine Richtigstellung jenes tendenziösen Berichtes bis auf einen Punkt:

Der Verbandsdirektor hatte die Agitation des im Frühjahr 1934 stellvertretenden Leiters der JDP berührt, der gerade in Gnesen damals in einer jener großen öffentlichen Versammlungen unser Genossenschaftswesen beschimpft hat. Er war zugleich Hauptschriftleiter des „Aufbruchs" und mitverantwortlich für die vielfachen unqualifizierten Angriffe jenes Parteiblattes der JDP gegen unser Genossenschaftswesen. Vor längerer Zeit ist er aus der Oeffentlichkeit verschwunden. Auf eine Anfrage aus der Versammlung stellte der Verbandsdirektor fest, daß hierbei nicht von dem derzeitigen stellvertretenden „Landesleiter" der JDP, Schneider, die Rede war, sondern von dem damaligen stellvertretenden „Landesführer" Azmann. Die Verdrehung dieses Sachverhalts in dem Bericht der „Deutschen Nachrichten" kennzeichnet sich selbst. Man kann aber damit die Verantwortung nicht abwälzen, einen solchen Mann im Vorstand der JDP und als Leiter des Parteiorgans herausgestellt zu haben.

Auf die Erklärungen, die Herr Spitzer dazu abgegeben hat, kommen wir an anderer Stelle zurück.

Die Verbandsleitung.

Italienische Truppenbewegungen

Wiedereinberufung der beurlaubten 100 000 Mann

Rom, 27. November. Die vor acht Tagen angekündigte Beurlaubung von 100 000 Mann ist, wie man heute von zuständiger italienischer Seite erfährt, einstweilen wieder aufgehoben worden.

Zur Begründung dieser Maßnahme wird auf die allgemeine politische Lage und auf die Unruhe verwiesen, die auf die Möglichkeit einer weiteren Verschärfung von Sanktionsmaßnahmen, vor allem durch Verhängung der Petroleumsperre, überall zu beobachten sei.

Diese internationale Lage habe die italienische Regierung auch veranlaßt, einige nicht näher umschriebene Truppenbewegungen vornehmen zu lassen.

Auch die freundschaftlichen Erklärungen Lavals, die in hiesigen politischen Kreisen mit einer gewissen Wärme besprochen werden, hoben an der italienischen Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage keine wesentliche Aenderung hervorrufen können.

Die britische Regierung habe deshalb auch ihren Sachverständigen Peterson, der sich bekanntlich seit einigen Tagen in Paris aufhält, Anweisung gegeben, sich nicht zu übereilen, weil die Aufstellung des Programms von dem Erfolg oder Mißerfolg der beiden kriegführenden Länder abhänge.

Benzinsperre — eine „feindselige Handlung"

Militärischer Aufmarsch an der italienisch-französischen Grenze?

London, 28. November. Die Nachricht aus Rom, daß „gewisse Truppenbewegungen" angeordnet worden sind, und daß der dreimonatige Urlaub einer Anzahl Soldaten aufgehoben worden ist, wird in der Londoner Presse als **warnender Hinweis Italiens an die Welt** betrachtet, daß die vorgeschlagene Sperre von Benzin- und sonstigen Rohstofflieferungen in sehr ernster Weise beurteilt werden würde. Ob bei dem Hinweis auf Truppenbewegungen an die ägyptische Grenze Libyens oder an die Nordgrenze Italiens (!) gedacht worden ist, wird als unklar bezeichnet.

In einer Meldung der „Morning Post" ist **von der Möglichkeit die Rede, daß die von der französisch-italienischen Grenze zurückgezogenen italienischen Truppen wieder dorthin gesandt werden würden.**

Der Berichterstatter der „Times" in Rom sagt, der Durchschnittsitaliener erblicke in einer

Benzinsperre eine feindselige Handlung militärischer Art,

die Italien zu militärischen Vergeltungsmaßnahmen berechtigen würde. Er sei entrüstet über die in Aussicht stehende neue Sühnemaßnahme, die zu einem vorzeitigen Abbrechen des militärischen Vorgehens in Abessinien zwingen könnte. Man höre immer häufiger Aeußerungen wie die folgende: „Wenn wir fallen müssen, dann wollen wir wenigstens andere mit uns reißen".

England nimmt die italienischen Drohungen ernst

Sir G. Clerk erneut bei Laval

Paris, 28. November. Die gestrige neue Unterredung Lavals mit dem britischen Botschafter Sir George Clerk in Paris hat sich nach Ansicht der Blätter auf zwei Fragen bezogen: Einmal auf das Ausfuhrverbot von Erdöl für Italien bzw. die Festlegung eines Zeitpunktes für den Zusammentritt des Achtzehnerausschusses und zweitens auf die Frage der französischen Unterstützung der britischen Flotte im Mittelmeer.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" Pertinax, deutet nur diese beiden Fragen an, ohne aber näher auf die Einzelheiten einzugehen, die von der Außenpolitikerin des „Oeuvre", Frau Tabouis, sehr ausführlich dargelegt werden.

Das Foreign Office, so schreibt das Blatt, scheine den italienischen Drohungen Rechnung zu tragen und wünsche von Frankreich eine klare Stellungnahme in der Frage des Beistandes für die englische Flotte im Mittelmeer, falls diese angegriffen werden sollte.

Die Londoner Regierung rechne damit, daß Laval eine zustimmende Antwort erteile, zumal Frankreich gerade in der Petroleumfrage keine eigenen Interessen habe, da es weder Petroleum ausführe noch erzeuge. In London verfolge man sehr aufmerksam die letzten Ereignisse in Abessinien, die auf gewisse Schwierigkeiten der italienischen Truppen deuten ließen.

Makalle wieder geräumt?

Rückzug der Italiener auch an der Nordfront?

Addis Abeba, 27. November. Die an der Südfront erneut einsetzende starke italienische Fliegertätigkeit und Vorstöße der Flieger bis Jogabur mit zahlreichen Bombenabwürfen werden hier als Tarnungsmanöver bezeichnet. Man erklärt, daß in Gheralta und Tembien die italienischen Truppen unter starkem abessinischen Druck zurückgingen. Auch aus Makalle sei in der vergangenen Nacht die italienische Besatzung von 1200 Mann abgezogen und schlage sich nun in dauernden Gefechten auf die Rückzugsstraße in Richtung Adrigat durch. Ebenso sollen auch andere italienische Posten, die bis zur gleichen Höhe vorgeschoben gewesen seien, sich zum Rückzug bereitzumachen.

Wie die hier ausgegebenen Berichte weiter besagen, drücken die abessinischen Truppen dem sich zurückziehenden Gegner hart nach. In den Morgenstunden des Mittwoch sei Makalle von den Abessiniern wieder besetzt worden. Man behauptet hier, daß im italienischen Generalstab Verwirrung herrsche. Ein gefangener Offizier habe ausgesagt, daß man in militärischen Kreisen in Erythräa die Taktik, durch Einzelvorstöße Prestigegewinne zu machen, verurteile, da diese nur unter schweren Opfern erkauft würden. Die Zahl der Ueberläufer aus den Reihen der Italiener an der Nordfront soll sich wieder häufen. Ein Sambaschi-Offizier von einer Eingeborenenabteilung der Italiener habe sich mit seinem ganzen Zuge und zwei Maschinengewehren bei der Armee Ras Seyoums gemeldet.

Und Venizelos kehrt zurück?

Die Amnestieerlasse des griechischen Königs

Athen, 27. November. Der König hat zwei Erlasse unterzeichnet, mit denen aus politischen Gründen verurteilten Personen eine allgemeine Begnadigung bewilligt wird. Durch den zweiten Erlaß wird eine Begnadigung für Angehörige des Heeres ausgesprochen. Die beschlagnahmten Vermögen sollen nicht zurückerstattet werden.

Nach den Bestimmungen des Erlasses dürfte auch für Venizelos die Möglichkeit bestehen, nach Griechenland zurückzukehren.

Die brasilianische Regierung setzt sich durch

London, 27. November. Einer Reutermeldung zufolge ist in Rio de Janeiro amtlich mitgeteilt worden, daß die Bundestruppen das Fort Sao Joao, dessen Besatzung zu den Aufständischen übergegangen war, nach schwerer Artilleriebeschießung besetzt haben. In den Kasernen des Forts hatten sich die aufständischen Truppen des 3. Infanterieregiments zurückgezogen. Die Aufständischen haben sich, wie Reuter weiter dazu meldet, den Bundestruppen ergeben.

Eine Reutermeldung aus Pernambuco besagt, daß nach einer dort ausgegebenen amtlichen Mitteilung die Lage in der Stadt wieder normal sei. Ebenso soll Natal von den Regierungstruppen zurückerobert sein.

Schwere Blutopfer der Aufständischen in Pernambuco

Paris, 28. November. In Natal haben sich etwa 500 Aufständische an Bord des Dampfers „Santos" eingeschifft, nachdem sie die Banken und verschiedene große Geschäftshäuser geplündert hatten. In Pernambuco mußten die Aufständischen etwa 100 Tote zurücklassen.

Keine englischen Kredite für Rußland

Amtliche russische Feststellung Moskau bezahlt keine Zarenschulden.

Moskau, 27. November. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion „Taß" teilt amtlich mit: „In einigen ausländischen Zeitungen wurde eine Nachricht verbreitet, die von der Möglichkeit des Abschlusses eines sowjetrussisch-englischen Kreditabkommens spricht, das angeblich auch eine teilweise Rückerstattung russischer Vorrevolutionsanleihen an die englischen Besitzer solcher Anleihen vorsehen sollte.

Wie die „Taß" in gut unterrichteten Kreisen erfährt, sind derartige Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und England nicht geführt worden und können nicht geführt werden, da eine Verbindung der Kreditfrage mit der Frage der Rückerstattung vorrevolutionärer Anleihen von der Sowjetregierung nicht zugestanden werden kann.

Neuer Rekord des „Grafen Zeppelin"

119 Stunden in der Luft.

Berlin, 27. November. Auf seiner 500. Fahrt stellte das Luftschiff „Graf Zeppelin" der deutschen Zeppelinreederei unfreiwillig einen neuen Dauerrekord für Luftschiffe auf. Infolge der Unruhen in Brasilien war das Luftschiff, das auf einer seiner Postfahrten von Bathurst nach Pernambuco begriffen war, an seiner Landung in Pernambuco verhindert und mußte von Montag früh bis Mittwoch nachmittag vor der brasilianischen Küste kreuzen, bis es Mittwoch nachmittag endlich in Pernambuco landen konnte.

Es mußte dadurch 119 Stunden in der Luft bleiben.

Damit hat der bisherige Dauerrekord des Luftschiffes, den es auf seiner ersten Fahrt nach Nordamerika vom 11. bis 15. Oktober 1928 mit 111 Stunden 44 Minuten aufstellte, um rund sieben Stunden überboten worden. Auch die Fahrtdauer auf der bisher längsten Strecke des „Graf Zeppelin" nach Tokio auf seiner Weltfahrt im August 1929 wurde um rund 17 Stunden geschlagen. Damals brauchte das Luftschiff für diese 11 300 Kilometer lange Strecke nur 101 Stunden 49 Minuten.

De Valera will den irischen Senat abschaffen

London, 28. November. Wie aus Dublin gemeldet wird, hat De Valera beschlossen, den Senat des Irischen Freistaates abzuschaffen. Er hat am Mittwoch in später Abendstunde einen entsprechenden Antrag eingebracht, über den das Unterhaus am Donnerstag nächster Woche beraten wird. Die bisherigen Bemühungen De Valeras waren eineinhalb Jahre lang am Widerspruch des Senats gescheitert.

Benesch über die polnische Note

Prag, 27. November. Außenminister Benesch erörterte vor dem Budgetausschuß das Budget des Außenministeriums und berührte dabei auch die Frage der polnisch-tschechischen Beziehungen. Benesch erklärte, die polnische Note sei in Prag eingetroffen und werde gegenwärtig im Außenministerium geprüft. In den nächsten Tagen werde es sich entscheiden, ob die Note veröffentlicht werde oder nicht.

Die Verfolgung des Pieracki-Mörders

Weitere Zeugenaussagen

Die Mittwochverhandlung im Prozeß gegen die Pieracki-Mörder begann um 10.35 Uhr. Als erster sagte der Hauswärter Stanislaw Kusmierski aus. Dieser hatte während des Mordtages vor dem Klubgebäude in der Foksalstraße mehrere Male einen Mann gesehen, der das Haus beobachtet hatte. Um 15 Uhr hatte er kurz nach Eintreffen des Ministers drei Schüsse gehört und gesehen, wie sich ein Mann langsamen Schrittes entfernte. Er hatte ihn nicht verfolgt, da er nicht wußte, was geschehen sei.

Der Diener der japanischen Botschaft, Franciszek Wywrocki, hatte auf der Straße Alarm gehört und gleichzeitig einen Mann gesehen, der auf ihn zugelaufen sei. Als er ihn anhalten wollte, hatte der Mann auf ihn geschossen.

Der Polizist Karol Bartel hatte das Haus in der Otolinski-Straße 5 untersucht und dabei auf dem obersten Treppenabsatz einen Mantel gefunden. An diesem sei eine zweifarbige Kokarde befestigt gewesen.

Der Krakauer Polizist Maciok sagte aus, daß er am 18. Februar 1934 vom Bahnhof aus Klimischin und Karpiniec verfolgt habe. Beide hätten sich in die Wohnung von Klimischin begeben. Bei einer Haussuchung habe er einen auf dem Tisch liegenden geladenen Revolver beschlagnahmt.

Zeuge Stefan Maschtschak, der wegen Teilnahme an dem Ueberfall in Gródek zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, schilderte eingehend diesen Ueberfall.

Nachdem noch einige Polizisten über die Beobachtung der Angeklagten vor ihrer Verhaftung ausgesagt hatten, vertagte das Gericht die Verhandlung auf Donnerstag.

Die polnische Meinung

Das Nationale Lager und die Judenfrage

In allen polnischen Universitätsstädten ist ein neuer judenfeindlicher Sturm losgebrochen In Warschau kam es zu solchen Zusammenstößen, daß sich die Rektorate der Hochschulen entschließen mußten, die Vorlesungen einzustellen. In Lemberg gab es einige Verwundete, in Posen wurden die jüdischen Studenten aus den Hörsälen geworfen.

Im Zusammenhang hiermit nimmt der „Kurjer Poznański" zu Artikeln in der „Gazeta Polska" und im „Czas" Stellung, die beide die nationale Jugend und das Nationale Lager überhaupt angegriffen haben. Das Blatt bezeichnet den vom „Oberstenorgan" „Gazeta Polska" angeschlagenen Ton als brutal. So sprächen Zeitungen, die in der Regel die Juden verteidigen, aber sich nie die Mühe machten, den judenfeindlichen Maßnahmen auf den Grund zu gehen, und die es nie versucht hätten, sich in die schwere Lage der polnischen Jugend hineinzufühlen. Das, was heute auf den Hochschulen geschehe, sei ein Verzweiflungsschrei von Leuten, denen man im eigenen Vaterland den Boden unter den Füßen wegziehe die zusehen müßten, wie ein fremdes Element. das materiell besser gestellt sei als die einheimische Bevölkerung, immer neue Stellungen einnehme und den jungen Polen die Hoffnung auf eine Existenzgrundlage raube.

Die materielle Lage der polnischen akademischen Jugend sei furchtbar und verschlechtere sich von Jahr zu Jahr. Aus einer Arbeit von Jan Bielatowicz gehe hervor, daß der Zuzug der Landjugend in die Universitäten fast vollkommen aufgehört habe. Die Ursache liege nicht nur in der Armut der heutigen Jugend, sondern in der Gewißheit, daß nach Beendigung der Studien sich eine große Leere auftue: alle Rechtsanwalts-, Richter- und Aerzteposten seien besetzt, und zwar in Kongreßpolen, Kleinpolen und den Ostgebieten vorwiegend durch Juden.

Den Einwand, daß doch die polnische Jugend nicht zu studieren brauche, sondern Handels-, Industrie-, Handwerks-, Landwirtschaftsschulen besuchen könne, beantwortet der „Kurjer Poznański" damit, daß sich kein Pole mit nationalem Gefühl damit abfinden könne, daß z. B. im Lemberger Appellationsbezirk 75 Prozent aller Rechtsanwälte Juden seien. Die freien Berufe müßten eine Polonisierung erfahren wenn die gebildete Schicht, die schon stark verjudet sei, nicht vollkommen vom polnischen Geist entblößt werden solle. Aber auch auf anderen Erwerbsgebieten wie Handel, Industrie, Handwerk usw. stellten sich schier unüberwindliche Hindernisse entgegen, da das kapitalkräftige Judentum die Absatzmärkte und die Kundschaft erobert habe.

Die polnische Bevölkerung, vor allem die im Nationalen Lager zusammengeschlossene, tue alles um diese Hindernisse zu beseitigen. Für jeden, der die Verhältnisse kenne, sei es aber klar, daß die Bevölkerung nicht imstande sei, ausschließlich mit eigenen Kräften die Judenfrage zu lösen, sondern daß hierzu die Hilfe und Mitarbeit des Staates notwendig sei.

Nur durch entsprechende Gesetze und eine diesbezügliche Verwaltungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik könne dem polnischen Element die ihm zukommende Stellung gesichert werden, die heute von den Juden beherrscht werde. Der numerus clausus für die Juden — nicht nur auf den Hochschulen, sondern ebenso in den freien Berufen und in der Zukunft auch im Handel, in der Industrie und im Handwerk, das sei im Zusammenhang mit einer stufenweisen Aussiedlung der Juden aus Polen der Weg, der gegangen werden müsse.

Das Sanacjalager widersetze sich aber diesem Programm aufs schärfste, ohne jedoch ein eigenes Programm zur Lösung der Judenfrage aufzustellen.

Wenn es hierbei oft zu Ausschreitungen komme, die mit der christlichen Ethik in Widerspruch ständen, so sei dies unzweifelhaft bedauernswert. Übrigens seien die Kundgebungen von der Art der in den letzten Tagen veranstalteten im staatlichen Leben sicher etwas Anormales. Glaube jedoch die Sanacjapresse, daß es ihr gelingen werde, sie durch Repressalien zu verhindern? Man müsse die Ursachen der Erscheinungen beseitigen, man müsse damit beginnen, das nationale Programm zu verwirklichen, das Polen den Charakter eines Nationalstaates (!) und den jungen Polen Brot und Arbeit sichere.

Rund um den Pieracki-Prozeß

In einem Ueberblick über die Aeußerungen der Presse zum Prozeß gegen die Pieracki-Mörder erklärt der konservative „Czas", daß für die ukrainischen terroristischen Gruppierungen dieser Prozeß denselben Wert besitzt wie das Attentat selber. Eine gewisse Zeit hindurch werde die öffentliche Meinung zweier Bevölkerungsschichten und des ganzen Auslandes auf diese 12 Menschen schauen. Alles, was eine Errungenschaft der ukrainischen „Organisationsarbeit" sei, werde von diesen Leuten überstrahlt, die in der Geschichte figurieren würden

Das „Dilo", das Blatt, das eine Politik der Normalisierung der Verhältnisse auf polnischem Gebiet begonnen hat, schreibt, dieser Prozeß dürfte keine praktischen Folgen für die ukrainische Gesamttätigkeit haben. Die Entwicklung des ukrainischen Nationalgedankens, der von der ganzen ukrainischen Bevölkerung angenommen worden sei, habe sich von dem politischen Gedanken getrennt, der von der ukrainischen unterirdischen Bewegung gefördert werde. Der Widerhall, auf den dieses Attentat bei der ukrainischen Bevölkerung gestoßen sei, sowie die späteren Ereignisse beweisen diese unleugbare Tatsache. „Als politische Kundgebung," schreibt das „Dilo" weiter, „geht der Prozeß gegen die Pieracki-Mörder spurlos vorüber." Es seien doch lange Monate vergangen ehe sich die ukrainische revolutionäre Organisation zu der Tat bekannt habe. Dadurch sei dieser Terrorakt längere Zeit hindurch einer polnischen extremen Gruppe zugeschrieben worden, und dadurch seien als direkte Folge die Repressalien eingetreten, deren Namen Bereza Kartuska sei.

Der Prozeß besitze auch eine zweite Seite, schreibt das nationale Warschauer „ABC". Er erinnere daran, daß die ukrainische Frage immer dringender einer Lösung bedürfe. Dem Gericht obliege es, das Verbrechen zu bestrafen Aber man müsse daran denken, daß die notwendigen Repressalien den Attentätern gegenüber um nichts die Lösung des ukrainischen Problems vorwärts bringen. Man müsse sich zu einem großen Programm aufraffen, das in mutiger Form an die Lösung dieser Frage herangehe.

Das Wilnaer „Slowo" vertritt die Ansicht daß das Gericht bei der Nichtzulassung der ukrainischen Sprache während der Verhandlung wohl auf dem Boden des Rechts gestanden. politisch aber einen Fehler begangen habe. Es sei nicht gut, daß die ukrainischen Terroristen die Möglichkeit hätten, als Verteidiger der ukrainischen Sprache aufzutreten. Man müsse sich sagen, daß diese Sprache in Polen von mehreren Millionen Menschen gesprochen werde, daß sie von einer Bevölkerung gebraucht werde, die den Weißrussen, d. h. einem Volk ohne Intelligenz, ohne Ehrgeiz und ohne Nationalbewußtsein, durchaus nicht ähnlich ist, sondern von einem Volk, das über eine große Vergangenheit, über eine eigene Literatur usw. verfüge. Formell und rechtlich habe das Warschauer Gericht wohl recht, politisch und propagandistisch sei es aber ein Fehler, der sich rächen werde.

Mit diesen Ausführungen des „Slowo" polemisiert der „Il. Kurjer Codzienny" und erklärt, die Behauptung, das Warschauer Gericht habe einen Fehler begangen, lasse sich nicht aufrecht erhalten. Da es bekannt sei, daß alle Angeklagten die polnische Sprache vollkommen beherrschen, komme die Weigerung, die polnische Sprache zu benutzen, einer Kundgebung folgenden Inhalts gleich: „Wir von der Ukrainischen Nationalorganisation erkennen Polen nicht an, wir sind der Ansicht, daß ihr Polen in Ostgalizien nichts zu suchen habt, und deshalb wollen wir auch nicht polnisch sprechen."

Worin liege der politische Fehler, wenn das polnische Gericht eine solche These nicht anerkennen wolle? fragt der „I.K.C.". Worin liege der Fehler, wenn das polnische Gericht auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit des Staates stehe? Wenn man der Logik des „Slowo" folge, so käme man zu dem Schluß, daß das Bestehen der Wojewodschaften, Starosteien und Staatsbehörden in Ostgalizien formell Daseinsberechtigung habe, politisch und propagandistisch aber ein Fehler sei.

Und was weiter?

In der jüdischen Presse ist ein Artikel unter dem Titel „Politik und Wirtschaft" erschienen, in dem es u. a. heißt: „Die neue Regierung muß die Prüfung nicht so sehr vor der Bevölkerung als vielmehr vor dem Staatspräsidenten ablegen. Die Regierung steht unter strenger Aufsicht derjenigen, die teilweise aus der Regierung, aber nicht aus dem Regierungslager ausgetreten sind. An Stelle der Parteien, die im Parlament offen die Tätigkeit der Regierung bewerten müßten, kommen jetzt Leute aus dem eigenen Lager, die zu privaten vertraulichen Beratungen zusammenkommen, um festzustellen, ob alles in Ordnung ist. In diesen Kreisen nimmt man an, daß es der Regierung nicht gelingen werde, den Wirtschaftsplan durchzuführen, und daß dann sie, die Obersten, zurückkehren müßten. Viele rechnen aber damit, daß der Plan teilweise gelingen könne; dann entsteht die „Gefahr" einer Aenderung der Wahlordnung und die Ausschreibung von Neuwahlen."

In Oberstenkreisen sei das Gerücht verbreitet, daß dem Obersten Slawek, weil er bisher ohne Verwendung geblieben sei, das Amt des Sejmmarschalls übertragen werde und daß der gegenwärtige Sejmmarschall Jufst Minister werden solle. Diese Nachricht müsse man eher als frommen Wunsch der genannten Kreise ansehen.

Tagung der posenschen Parlamentarier

In Posen fand eine Sitzung der Parlamentsvertreter der Posener Wojewodschaft statt. Zunächst berieten die Abgeordneten und Senatoren unter dem Vorsitz des Senators Chrzanowski über die politische Lage des Landes und über die Lage der Genossenschaften. Später wurden die Beratungen im Wojewodschaftsamt unter Vorsitz des Wojewoden Maruszewski fortgesetzt. Dieser schilderte die allgemeine Lage in der Wojewodschaft und berührte eingehend die Frage der Arbeitslosigkeit, die Frage der Inbetriebsetzung geschlossener Industrie- und Handwerksunternehmungen, die Fragen des Verkehrs, der Elektrifizierung, der körperlichen Ertüchtigung usw. — Nach Beendigung der Beratungen empfing der Wojewode die Abgeordneten und Senatoren zu einem Tee.

England fühlt sich stark

Dr. Rudolf Kircher, der Hauptschriftleiter der „Frankfurter Zeitung" befindet sich auf einer Informationsreise durch Frankreich, England und Italien. Seinen Bericht aus Paris haben wir schon veröffentlicht. Wir lassen nun einen Bericht aus London folgen:

Wenn der englische Seward auf der „Vienna" (das Boot heißt „Vienna", nicht etwa „Berlin") uns mit sanfter Kameradschaftlichkeit die Kabine anweist und fragt, ob wir mit einer Tasse Tee geweckt zu werden wünschen, — wenn drüben in Harwich gerade eben, als wir landen, die Sonne zwischen kupfernen Wolkenstreifen aufgeht, so daß die regennassen, klitschigen Planken des Parkestone Quay zu blinzeln beginnen, — wenn der Policeman, der erste, der sich zeigt, so tut, als seien wir ihm völlig gleichgültig, obwohl er doch unseretwegen dasteht, — wenn dann im Speisewagen jemand halblaut flüstert: „Du, das sind ja Grapefruits," während der Kellner schon als nächsten Gang des Frühstücks die duftenden Kippers heranträgt, — wenn der Taxi Driver im Gewühl von Liverpool Street den Verkehr aufhält und zum Schutzmann in guter Laune sagt: „Es tut mir leid, George, aber ich konnte nichts dafür", — wenn dann die Straßen am Sonntag leer, das Hotel aber, das man sich ausgesucht hat, überfüllt ist, — wenn dies und manches andere bereits in den ersten Stunden geschieht, dann könnte man fürwahr glauben, „good old England" sei genau noch so, wie man es verlassen hat, und wie man es heute, morgen und übermorgen wiederzufinden meint.

Soweit das Land sich sichtbar verändert hat, ist es nur „brighter", freundlicher, lebhafter geworden. Wenigstens London, die Hauptstadt, die ja auch sonst in jeder Beziehung über die Gewohnheiten und den Standard der Provinz weit hinauslebt. Dem Londoner Leben steckt noch viel von der Jubilee-Stimmung dieses denkwürdigen Jahres in den Gliedern, — und schon wieder hat das Königshaus (durch eine Hochzeit) zu den freudigen Ereignissen einen neuen Beitrag geliefert. Regierungsjubiläum, das bedeutet einen elementaren Ausbruch des Loyalitätsgefühls, das jedem Engländer zu eigen ist. Es bedeutet frischgestrichene oder gesäuberte Häuserfronten und die Bereitschaft, Geld auszugeben. Wer hätte es für möglich gehalten: selbst das Seitenschiff mit dem Hauptportal der Westminster Abbey leuchtet in hellstem Weißgelb vor dem ehrwürdigen Schwarzgrau, das man dem großen Rest der Kirche als sein historisches Gewand belassen hat. Und Big Ben, der Glockenturm des Parlaments, ragt frisch gewaschen und deshalb leider etwas scheckig in den Dunst des Londoner Nebels.

*

An Geld scheint es nicht zu fehlen. Sicher nicht am Willen der Londoner, sich aller Möglichkeiten zu bedienen. Restaurants, Kinos, Theater sind überfüllt, wenn auch keineswegs billig. Mindestens zwei Fenstern unter sechs widmen die Outfitters, deren Zahl so groß ist wie die der Buchläden in Paris, der Zurschaustellung von Dreß Suits und Dinner Jackets, das heißt von Abendkleidern der großen Welt, — jener Welt, die deshalb so groß ist, weil es so viele Menschen gibt, die in sie hineinstreben, ohne je zu ihr gehören zu können. Der Drang nach oben, der Wille zum gesellschaftlichen Aufstieg war in London vielleicht nie größer, als er eben jetzt ist: im Zeichen einer neuen, wenn auch nicht ganz natürlichen Prosperität und im Zeichen eines überströmenden Loyalitätsgefühls und der Freude an den alten Werten der englischen Tradition.

Das Geheimnis dieses Landes, der fast unzerstörbare soziale Zusammenhang, bietet heute mehr denn je den Schlüssel zum Verständnis. Die soziale Spannweite ist inzwischen kaum kleiner geworden. Die Bedeutung und die gesellschaftliche Kraft der obersten und reichsten Schicht ist zwar — vor allem unter dem Druck mitleidloser Steuern, besonders der Erbschaftssteuern — weiter vermindert worden, aber umgekehrt hat die Wirtschaftslage eine nennenswerte Steigerung der Kaufkraft der großen untersten Massen nicht erlaubt. Aber zwischen diesen beiden Extremen muß sich mancherlei geändert haben: hier ist das Streben nach oben vielfach nicht vergeblich gewesen, — man braucht nur in jene Schaufenster der Outfitters und auf die Träger der Anzüge zu schauen, man braucht nur die Typen der englischen Menschen anzusehen, die heute „ausgehen" oder die außerhalb ihres Landes auf Reisen sind.

*

In der Tat: den Engländern geht es — im ganzen genommen — nicht schlecht. Sicherlich nicht im Vergleich mit anderen Völkern. Aber die Denkenden unter ihnen sind sich doch klar darüber, daß der aufsteigenden Konjunktur etwas Unnatürliches anhaftet. Ein hervorragender Kenner dieser Dinge erklärte mir das so: „Wir leben heute auf Kosten anderer Länder." Mit anderen Worten: die Engländer wirtschaften hinter dem doppelten Wall hoher Zölle und einer herabgewerteten Währung. Im englischen Geschäft haben sich wichtige Verlagerungen vollzogen, aber die Inlandwirtschaft hat das meiste von dem aufgeholt, was im Welthandel, vor allem auch im Gebiet des unsichtbaren Exports, verloren ging. Inland aber ist in diesem Sinne nicht nur das Mutterland, auch nicht bloß das Empire, sondern die Gesamtmasse der Länder, die sich der Londoner Währungspolitik angeschlossen haben. Man spricht geradezu von einem vergrößerten Empire.

Gleichwohl ist England und der Londoner City so viel verloren gegangen, daß ein schwerer Rückschlag zu verzeichnen wäre, wenn die Home Industries nicht einen so bemerkenswerten Aufschwung genommen hätten. Mehr und mehr entwickeln sich die öffentlichen Arbeiten, besonders die Rüstungsaufträge — künftig aber auch das großangelegte Straßenbauprogramm, dem angeblich einhundert Millionen Pfund gewidmet werden sollen — als sehr wichtige Pfeiler des ganzen Wirtschaftsgebäudes. Was man anderen Ländern, beispielsweise Deutschland, vorwarf, hat man selbst getan und wird man künftig in noch wesentlich größerem Ausmaß tun. Gerade die Wirtschaftszweige, die seit dem Weltkrieg am tiefsten herabhingen, begannen sich langsam aufzurichten. So die Schwerindustrie. Hier und dort tauten eingefrorene Kredite auf, und Dividenden stellen sich ein. Der City strömte Geld zu, — nicht nur durch diesen Prozeß der Belebung, sondern vor allem durch den stetigen Rückstrom englischen Geldes, das im Ausland gearbeitet hatte. Man ist vorsichtiger geworden in London! Diese Kontraktion trug entscheidend zu einer ungewöhnlichen Geldflüssigkeit bei, die so groß ist, daß die Banken, die nur ein halbes Prozent rechnen können, am liebsten auf weitere Einlagen verzichteten.

*

Diese Entwicklung hatte nun — was auf den ersten Blick überrascht — keineswegs einen gesteigerten Einfluß der City, insbesondere der großen Finanzinstitute, auf die Bestimmung der Grundlinien der englischen Politik und Wirtschaft zur Folge, sondern es scheint, als sei ihr Einfluß heute geringer als seit langer Zeit. Auch hier hat sich also mancherlei verändert. Ein Grund ist zweifellos der, daß auch das englische Leben — geheimnisvollen Trieben folgend — sich über wichtige Grundsätze der Londoner Tradition, zugleich aber auch über die Lehrmeinung der Theoretiker, unbekümmert hinweggesetzt hat. Und wie es immer geschieht in England: man begann mit einem Zufall (wenn nicht mit einem Unfall) und entwickelte ihn zu einem Geniestreich. Als die Währung plötzlich absackte, geriet man nicht in Panik, sondern machte ein System daraus, das den Engländern heute so gut gefällt, daß sie sich vorerst gar nicht von ihm trennen wollen. In dieser Lage das Preisniveau einigermaßen stabil gehalten zu haben, war eine Meisterleistung. Man ist genügend stolz darauf.

*

Dies ist in der Tat der stärkste Eindruck, den man heute in London gewinnt: das Lebensgefühl und die Selbstsicherheit dieses Volkes haben sich mächtig gehoben. Die Bilanz, die Mr. Baldwin in seinen Wahlreden ziehen konnte, war fürwahr nicht schlecht. Das parlamentarische System war geschmeidig genug, um eine entschlossene Führung zu ermöglichen. Verschwommenheit und Führungslosigkeit — zumal in schweren Zeiten — widersprechen dem eigentlichen, oft vernachlässigten Sinn der englischen Demokratie. Man hätte auch sie ruinieren können, aber die Engländer besannen sich beizeiten. Schwere politische Opfer mußten dafür gebracht werden: die fast tragische Figur MacDonalds bezeichnet den peinvollen Weg.

Die englische Bilanz bekam indessen ihren wichtigsten Aktivposten von anderer Seite, — und sie bekam ihn wiederum erst im letzten Augenblick, und auch diesmal wieder nur durch jene merkwürdige Mischung von Schlamperei und Improvisation, die von jeher zu den Eigentümlichkeiten englischer Genialität gehört. Es ist nun einmal so: man braucht in England gar kein Genie zu sein, um etwas Geniales zustande zu bringen. Gemeint ist der große außenpolitische Auftrieb, den Großbritannien in der allerletzten Zeit im Zusammenhang mit dem Abenteuer Mussolinis in Abessinien empfing. Wenn man auch das Ende noch nicht sieht, eines ist den Engländern gewiß: nie, so ist ihre Ueberzeugung, war ihr Ansehen in der Welt größer als in diesem Augenblick, und nie war England seiner selbst sicherer als heute. Und es ist nicht etwa so, als wackle der alte britische Löwe (um dieses abgenutzte Bild zu gebrauchen, das dem Briten geläufig ist) nur ärgerlich mit seinem Schwanz, als knurre er mißmutig und mit den Hoffnung, den Gegner einzuschüchtern. Viel mehr als das: er ist erwacht, er kommt zu sich, er strafft sich und ist sprungbereit. Wahrhaftig, es ist ein neues England. Mussolini mag geglaubt haben, das müde Großbritannien, das den wichtigsten Teil seiner Rüstung nach dem Krieg ablegte und das höchst bedächtig allen Fährnissen auszuweichen schien, werde dem trotzigen Italien seinen Willen lassen. Paris und London — wie Rom selbst — haben sich bis spät in den Sommer über die wahre Lage schwer getäuscht, aber dann ergriff England die Führung.

Als Mr. Eden vorprellte, sah es zunächst aus wie ein neuer Zufall oder Unfall, aber bald entwickelte sich daraus eine Politik, die — wie ganz England glaubt — Großbritannien an die Spitze der Nationen und damit in eine Stellung gebracht hat, die man nicht so bald wieder preiszugeben bereit ist. In diesem Sinne rüstet Mr. Baldwin auf.

Scharfe Maßnahmen der Nankingregierung in Nordchina

Nanking, 27. November. Das Reichsvollzugsamt der Nankingregierung hat sich am Dienstag zu scharfen Maßnahmen gegen die nordchinesische Selbständigkeitsbewegung entschlossen. So wurde die

Auflösung des Peipinger Militärrates

verfügt und der Kriegsminister Hojingtschin zum Obersten Verwaltungskommissar von Peiping ernannt. Das Haupt der Selbständigkeitsbewegung, der Verwaltungschef der entmilitarisierten Zone von Ost-Hopei, Junjukeng, wurde abgesetzt. Gegen ihn wird ein Strafverfahren eingeleitet werden. Der Garnisonkommandant von Peiping und Tientsin, General Sungtschejuan, erhielt das Amt eines „Befriedungskommissars" mit der Aufgabe, die Selbständigkeitsbewegung in Tschachar und Hopei mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Belgrad verlangt Sühne für den Königsmord

London, 27. November. Der Berichterstatter der „Times" in Belgrad meldet den Inhalt eines Leitartikels des halbamtlichen Blattes „Vreme", in dem verlangt wird, daß die Mörder des Königs Alexander 13 Monate nach dem Verbrechen endlich zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Der Berichterstatter bemerkt dazu: „Dies ist der erste derartige Aufsatz, der sich gegen Frankreich richtet. Seine Veröffentlichung erfolgte an dem Tage, an dem die Generalstabschefs der Kleinen Entente in Belgrad ihre alljährliche Zusammenkunft abhielten."

Aus Deutschland

Landesverräter hingerichtet

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: „Der am 30. Juli 1935 vom Volksgerichtshof wegen Verrats militärischer Geheimnisse zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 39 Jahre alte Albrecht Spieß aus Berlin ist Dienstag früh in Berlin hingerichtet worden."

Wehib Pascha bedrängt Graziani

Die Umfassungsoperation der Abessinier im Süden

Wehib Pascha hat während des Weltkrieges erfolgreich als türkischer Heerführer den Kampf gegen die aufständischen Araber geleitet. Heute befehligt er, der „König des Wüstenkrieges", wie Falkenhayn ihn genannt hat, die abessinischen Operationen an der Südfront. Der Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung" schreibt über seine Strategie:

Es liegen vom Kriegsschauplatz in den Ogaden Nachrichten vor, die geradezu sensationell sind, die aber zum Teil den Stempel der Unwahrscheinlichkeit deutlich an sich tragen. Nicht nur unwahrscheinlich, sondern falsch muß die Behauptung genannt werden, die über London in der deutschen Presse verbreitet wurde und in der es heißt, daß die Italiener an der Südfront um 150 Kilometer zurückgeworfen worden seien. Weiter wird behauptet, die italienischen Truppen hätten im Tal des Fafan-Flusses ihre Stellungen geräumt und dabei erhebliches Kriegsmaterial zurückgelassen, das, allerdings unbrauchbar gemacht, in die Hände des Feindes gefallen sei. Versuchen wir, das Bild an Hand der paar wirklich positiven Angaben, die uns vorliegen, klarzustellen. Man wird zwar die Angabe des plötzlichen Rückzuges um 150 Kilometer nicht bestätigt finden, aber es wird sich bei einer genaueren Betrachtung zeigen, daß die Armee Graziani von mehreren Seiten hart bedrängt ist.

Wenn man die Operationen der Armee des Ras Dasta Damptu nicht von Anfang an sehr genau verfolgt hat, so könnte die Meldung, daß die Abessinier eine Anzahl von Ortschaften zwischen Mustahil und Gorrahai, unmittelbar südlich des letzteren Ortes, besetzt haben, leicht zu der Annahme führen, der Kern der Armee Graziani sei tatsächlich im Fafantal geworfen worden und habe sich hinter Gorrahai zurückziehen müssen. Demgegenüber ist aber zu bemerken, daß keine wirklich zuverlässige Meldung darüber vorliegt, daß Gorrahai von den Abessiniern zurückerobert worden sei. (Die bisherigen Meldungen dieses Inhalts sind nicht bestätigt worden.) Allein die Tatsache müßte jeden stutzig machen, der die Behauptung aufstellt wie die, daß die Armee Grazianis sich innerhalb von 24 Stunden um 150 Kilometer nach Süden zurückgezogen habe. Man wird uns dabei auch die Erklärung schuldig bleiben, wie eine starke Armee es anfangen soll, in der „gelben Hölle" der Ogaden binnen so kurzer Frist eine so weite Strecke zurückzulegen, selbst wenn es sich um eine wilde Flucht handelte. Von einer solchen ist aber in den besagten Meldungen gar keine Rede, sondern es heißt lediglich, daß Graziani seine motorisierten Vorhuten sehr weit zurückgenommen habe. Warum hat er sie zurückgenommen, und wie ist es möglich, daß, obwohl Gorrahai heute noch unzweifelhaft in den Händen der Italiener ist, wichtige Punkte südlich von Gorrahai von den Abessiniern besetzt werden konnten, ohne daß diese sich Gorrahais aufs neue bemächtigt haben?

Die Erklärung hierfür ist denkbar einfach. Der Kern der Armee des Ras Dasta Damptu ist zweifellos im Raum von Lugh zu suchen. Lugh liegt etwa 125 Kilometer ostsüdöstlich von Dolo, der vielgenannten italienischen Militärstation an der Dreiländerecke. Lugh bildet das Ende wichtiger Karawanenstraßen. Dolo befindet sich heute fest in den Händen der Armee des Ras Dasta Damptu, die darüber hinaus ihren Kern schon bis Lugh vorgeschoben hat. Diese sehr starke Armee, über deren Bewegungen die abessinische oberste Heeresleitung einen Schleier zu breiten wußte, dürfte sich bei Lugh geteilt haben. Ein Teil arbeitet sich in der vom Militär völlig entblößten italienischen Kolonie längs des Dschuba-Stromes auf der ausgezeichneten Autostraße nach Süden in Richtung auf Bernabodi vor, vielleicht, um von dort aus die Küste zu erreichen. Der andere Teil ist auf der guten Straße, die von Lugh nach Osten und dann nach Nordosten führt, nach El Gorun gegangen. Von El Gorun aus steigt das Felsplateau nach Osten auf, dessen höchsten Punkt das Fort Dagnerei bildet, das die Italiener am 20. Oktober nach harten Kämpfen stürmen konnten. Der italienische Kriegsbericht hat damals ausdrücklich erklärt, der Wert des Fort Dagnerei bestehe darin, daß es die Ebene von Mustahil beherrsche. Ganz zweifellos haben nun die Vorhuten des linken Flügels der Arme des Ras Dasta Damptu die italienische Besatzung von Dagnerei, dern Blicke nach dem Osten, gen Mustahil gerichtet waren, nur dorthin gerichtet sein konnten, – weil man offenbar gar nicht geahnt hat, daß man den Feind im Rücken hatte —, überrumpelt, die Italiener, wahrscheinlich nur eine kleine Besatzung, in die Ebene hinabgestoßen, darauf zunächst Mustahil besetzt, um von Mustahil aus nach Norden längs des Webi Schebeli auf Celedi vorzustoßen. Offenbar haben die Truppen des Ras Dasta Damptu aber Celedi im Osten umgangen und sich zunächst bei den Brunnen von Gabre Darre festgesetzt, die nur noch 23 Kilometer südlich von Gorrahai liegen.

Es kann also keine Rede davon sein, daß etwa die Armee Graziani von Norden aus über Gorrahai hinaus bis Gabre Darre zurückgeworfen worden sei, sondern Gabre Darre ist vom Süden aus, von Mustahil her, durch die Vorhuten der linken Flügeltruppe des Ras Dasta Damptu genommen worden.

Gleichzeitig haben sich die drei abessinischen Kolonnen, welche bisher im Tale des Webi Schebeli operierten, nach Osten auf Gorrahai in Marsch gesetzt, und endlich greifen die Abessinier von Norden, vom Fafan-Flusse aus, der auf den Landkarten auch als Tugfaf bezeichnet ist, den Kern der Armee Graziani an, der 25 bis 30 Kilometer nödlich von Gorrahai steht, sich heute vielleicht schon auf Gorrahai zurückgezogen hat. Die drei abessinischen Kolonnen, die im Tal des Webi Schebeli operieren, stellen unzweifelhaft die Vorhuten jener Reserve-Armee dar, die sich nach Ausbruch der Feindseligkeiten im Lande Sidamo gesammelt hat, von der berichtet wurde, daß sie nach Osten hinausgestoßen sei, und die dann den Webi Schebeli erreicht hat, heute bei Arragu etwa 75 Kilometer genau westlich von Gorrahai stehen dürfte.

In Wahrheit ergibt sich also aus den heute vorliegenden Berichten das Bild, **daß die Armee Graziani von drei Seiten her angegriffen wird.** An der vierten Seite aber, zwischen Sassabeneh und dem Haud, steht der Kern der Armee des Ras Apte Mikael! Angesichts dieser Lage ist es nebensächlich, welche Brunnenstellen die Italiener gerade räumen müssen, welche die Abessinier besetzen können. Es ist auch nebensächlich, wieviel Waffen die Abessinier erbeuten, wieviel Gefangene sie machen, wieviel Schaden die italienischen Flugzeuge unter ihnen anrichten. Die ganze Aufmerksamkeit wird sich vielmehr auf die Frage richten müssen, **ob Graziani der ernsten Situation gewachsen ist, vor die er sich und seine Armee durch die Strategie Wehib Paschas gestellt sieht.**

Abbröckeln des oberschlesischen Streiks

Kattowitz, 27. November. Am Dienstag morgen, dem zweiten Tage des Ausstandes in der polnischen Schwerindustrie, war eindeutig zu erkennen, daß die Streikbewegung im Abbröckeln begriffen ist. In der Nachtschicht und in der Dienstag-Morgenschicht streikten insgesamt nur noch 45 Prozent der gesamten Grubenbelegschaften Ostoberschlesiens gegenüber 80 Prozent in der Montag-Nachmittagsschicht. Auch in der ostoberschlesischen Hüttenindustrie hat die Streikbeteiligung eine fühlbare Verminderung erfahren. Hier wurden Dienstag früh nur noch 14 Prozent Streikende gezählt gegenüber 23 Prozent am Vortage. Ueber die Streiklage im Dombrowaer Kohlenrevier lagen in den Morgenstunden noch keine Nachrichten vor. Die Haltung der Arbeiterschaft ist nach wie vor uneinheitlich. Sehr stark wird die Meinung vertreten, daß die Arbeiter zur Zeit nicht in der Lage seien, einen noch größeren Lohnausfall hinzunehmen.

Ein Volk sind wir!

Eine große Kundgebung in Bromberg

Die Kundgebung der Deutschen Vereinigung, Ortsgruppe Bromberg, die am Sonnabend, dem 23. November, stattfand, war nicht mehr eine Kundgebung, sondern gestaltete sich zum Erlebnis völkischer Art.

Lange vor Beginn der Versammlung am Sonnabend war der große Saal des Restaurants Kleinert überfüllt. Es hatten sich weit mehr als 1200 Volksgenossen aus der Stadt eingefunden. Trommelwirbel erklang. Die Menge erhob sich und grüßte stumm und feierlich die Wimpel der Gefolgschaften, die in den Saal einmarschierten.

Der Vorsitzende der Bromberger Ortsgruppe, Vg. Dr. Staemmler, sprach herzliche Worte der Begrüßung, er wies darauf hin, daß die Bromberger Versammlung den Abschluß einer Etappe bildet, die die Deutsche Vereinigung und ihre Arbeit für Wahrheit und Würde nach Ablauf eines Jahres wieder ein großes Stück vorwärts gebracht hat. Eindrucksvoll war der Sprechchor „Wir glauben daran" und ebenso eindrucksvoll das Lied der Gefolgschaft „Flieg, schwarze Fahne".

Zunächst ergriff Volksgenosse Niefeldt-Bromberg das Wort. Er sprach von der Verpflichtung des deutschen Menschen zu dem neuen völkischen Denken. Die geistige Umwälzung durch die Idee des Nationalsozialismus könne vor keinem Herzen Halt machen, weil in ihm der Gedanke liege, das deutsche Volk zu einer geschlossenen völkischen Einheit ohne Klassen- und Standesgegensätze zusammenzuschweißen. Volksgenosse Niefeldt erinnert an die Zeit von 1920, da bei uns der erste Grund zu einer völkischen Einheit gelegt wurde, die keine politische Zersplitterung kannte. Die Männer, die dieses Werk damals vollbrachten, würden jetzt von einer bestimmten Gruppe, die sich früher nicht an die Oeffentlichkeit wagte, weil die politischen Verhältnisse wesentlich andere waren, angefeindet und mit Schmutz beworfen. Wenn die JDP. einst vorgab, den Gedanken des völkischen Sozialismus in unsere Volksgruppen zu tragen, so mag sie wohl hier und da Anklang gefunden haben. Aber als das deutsche Volk hier erleben mußte, daß nicht nationalsozialistisches Gedankengut, sondern nur Haß gegen den deutschen Bruder, Verleumdung, Würdelosigkeit gepredigt wurde, hat sich der weitaus größte Teil von diesen Hetzern abgewendet. Die Deutsche Vereinigung ist emporgewachsen, sie faßt, wie sie das im Laufe der ersten Jahre bewiesen hat, die Probleme der deutschen Schulnot, Raumnot und Arbeitsnot mutig an. Der Redner schloß, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, seine Ausführungen, indem er an die Rede des Gauleiters Bürckel vor den Deutschen in Jugoslawien erinnerte. Der warme Appell an die Neutralen, den Kampf nicht zu verlängern, sondern in die Reihen der DV. einzutreten, hinterließ einen sichtbaren Eindruck.

Das Lied der Gefolgschaft „Wir Jungen tragen die Fahne" leitete über zu der Rede des Vg. Warmbier-Kolmar. Er sprach über das Wesen des deutschen Menschen, über seine Aufgabe im Auslande, um dann über die Verbundenheit von Blut und Boden auch bei uns zu sprechen.

Wieder sang die Gefolgschaft, und danach ergriff Vg. Hans von Rosen-Grocholin das Wort, um aus den Erfahrungen des praktischen Lebens heraus alle uns bewegenden Zeitfragen und Sorgen zu erörtern. Er charakterisierte trefflich das „jungdeutsche" Denken, das in der Nachahmung bestimmter Aeußerlichkeiten beruht, ohne wirklich zu erkennen, was dem deutschen Volke im Auslande nützt und schadet. Immer wieder von Beifall unterbrochen, berührte er die einzelnen Phasen der Aufbauarbeit in der Deutschen Vereinigung innerhalb eines Jahres und sprach besonders über die Arbeit an der Jugend. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, **das völkische Leben bei uns noch straffer aufzubauen.** Vg. Dr. Staemmler dankte allen drei Rednern und wandte sich an die Anwesenden mit der Aufforderung, für den Geist der Einigkeit und Erneuerung durch die praktische Tat zu werben.

Als Treue-Bekenntnis erklang dann der Feuerspruch. Ein brausendes Siegheil auf das deutsche Volkstum, auf die Deutsche Vereinigung und ihren Vorsitzenden Dr. Kohnert schloß diese Kundgebung.

Faule Eier auch in Mogilno

Die Werbeversammlung der Deutschen Vereinigung am 13. Noember in Mogilno begann mit einer kurzen blamablen Einleitung durch „jungdeutsche" Raufbolde und endete mit einem Erfolg für die Deutsche Vereinigung.

Ein „jungdeutscher" Angriff auf die Saaltür wurde von unserem Saalschutz in wenigen Minuten abgewiesen. Als seitens der JDP. faule Eier in Aktion traten, antwortete die Polizei mit Gummiknüppeln. Um 8.10 Uhr konnte die Versammlung dann eröffnet werden und verlief bis zum Schluß ruhig, obgleich einige „Jungdeutsche" trotz der Aufforderung ihres Anführers den Saal nicht verließen. Es sprachen die Volksgenossen Groehl und Hoffmann. Nach der Versammlung erfolgten erneute Beitrittserklärungen.

Deutsche Vereinigung

Versammlungskalender

O.-G. Posen: 28. November, 8 Uhr: Jugendkreis in der Loge.

O.-G. Opalenitza: 29. November, 4 Uhr: Mitgl.-Versammlung bei Korzyniewski.

O.-G. Wollstein: 1. Dezember, 2 Uhr: Oeffentl. Vers. im Grand Hotel. Fahrräder bei Piasecki.

O.-G. Obornik: 3. Dezember, ½8 Uhr: Kam.-Ab.

O.-G. Krotoschin: 30. November, 6 Uhr: Mitgl.-Vers. in Zduny bei Telege.

O.-G. Altlaube: 30. November, 7 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Roesler in Laßwitz.

O.-G. Jutroschin: 1. Dezember, 3 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Stenzel.

O.-G. Bojanowo: 1. Dezember, 8 Uhr: Mitgl.-Vers. und geselliges Beisammensein bei Kleinert in Bojanowo.

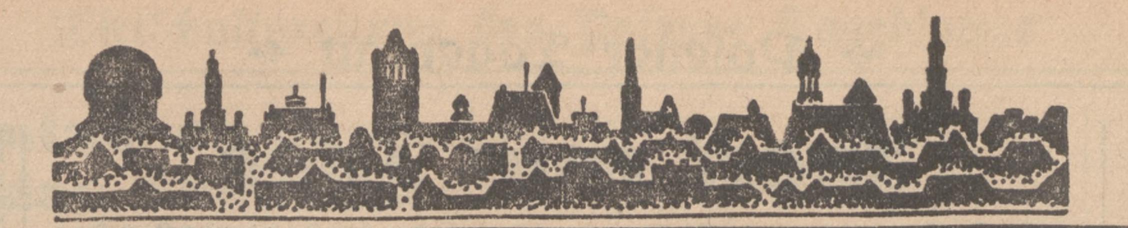
O.-G. Bojanowo: 1. Dezember, 3 Uhr: Mitgl.-Vers. und geselliges Beisammensein bei Pawel in Katschkau.

O.-G. Reisen: 1. Dezember, 2½ Uhr: Mitgl.-Vers. bei Scheibe in Dambitsch.

O.-G. Feuerstein: 1. Dezember, 7 Uhr: Mitgl.-Vers. in Feuerstein bei Cugier.

O.-G. Lissa: 1. Dezember, 2½ Uhr: Mitgl.-Vers. in Mohnsdorf. (Lokal wird noch örtlich bekanntgegeben.)

O. G. Lissa: 1. Dezember, 7 Uhr: Mitgl.-Vers. in Wilke bei Pasternack.

Aus Stadt  und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 28. November

Freitag: Sonnenaufgang 7.33, Sonnenuntergang 15.46; Mondaufgang 10.04, Monduntergang 17.33.

Wasserstand der Warthe am 28. Nov. + 0,48 gegen + 0,42 Meter am Vortage.

Wettervoraussage für Freitag, 29. November: Recht mild, meist bedeckt, zeitweilig Regenfälle, frische bis starke Winde aus Südwest bis West.

Spielplan der Posener Theater

Teatr Wielki:

Donnerstag: „Troubadour"
Freitag: „Die Rose von Stambul"
Sonnabend: „Die Entführung aus dem Serail"

Kinos:

Beginn der Vorführungen um 5. 7 9 Uhr im Metropolis 5.15, 7.15, 9.15 Uhr

Apollo: „Wacuś" (Poln.)
Gwiazda: „Kosakenlied"
Metropolis: „Wacuś" (Poln.)
Słońce: „Hölle"
Sfinks: „Männer zur Auswahl"
Wilsona: „Kleopatra" (Engl.)

Eröffnungsvorstellung der Deutschen Bühne Posen

Die Eröffnungsvorstellung der Schauspielabteilung der D. B. findet am Dienstag, dem 3. Dezember, abends 8 Uhr in der Grabenloge statt. Es gelangt das mythische Spiel von Otto Bruder „Das Erbe" zur Aufführung. Wegen des beschränkten Raumes wird die Vorstellung am Freitag, dem 6 Dezember, wiederholt. Wir verweisen auch auf die demnächst im „Posener Tageblatt" erscheinende Vorbesprechung des Stückes. Um möglichst allen Volksgenossen die Vorstellung zugänglich zu machen, sind die Preise sehr niedrig gehalten.

Geburtstag eines alten Poseners

Am 30. November begeht der Geheime Regierungsrat Dr. M. Friebe, jetzt in Breslau 16, Hobrechtufer 9 wohnhaft, das seltene Fest seines 90. Geburtstages. In Reichenbach unter der Eule geboren, war er zunächst an den Gymnasien in Liegnitz und Bromberg angestellt, wurde 1885 Direktor in Fraustadt und 1895 nach Posen berufen, wo er die Berger-Oberrealschule in eine Doppelanstalt ausbaute und 1903 das Augusta-Viktoria-Gym-

Verein Deutscher Sänger

Die traditionelle Adventsfeier des Vereins findet am kommenden Sonntag, dem 1. Dezember, 5 Uhr nachmittags in der Grabenloge statt. Die reichhaltige Vortragsfolge enthält alte einstimmige Weihnachtsweisen, Männer- und gemischte Chöre, Instrumentalsätze, Sopransoli, Rezitationen, Lieder zur Laute.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 49 Groschen erhoben.

nasium in Jersitz mit großem Erfolge eröffnete. Er gehörte zu den Mitbegründern der Historischen Gesellschaft für den Netzedistrikt und der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen, später auch zu ihrem Vorstande. 1911 trat er in den Ruhestand und siedelte nach Breslau über. Er hat u. a. über die Lateinschulen in Fraustadt und die Bergeroberrealschule zu ihrem 50jährigen Bestehen geschrieben. Wir wünschen dem verehrten Geburtstagskinde, dem viele Posener einen Teil ihrer Bildung verdanken, daß er seinen Lebensabend in Rüstigkeit und Gesundheit verleben möge.

Posener Handwerkerverein

Zu der am Sonntag, dem 1. Dezember, nachmittags 5 Uhr in der Grabenloge stattfindenden Adventsfeier des Vereins deutscher Sänger ist der Posener Handwerkerverein eingeladen. Wir empfehlen unseren Mitgliedern den Besuch dieser Veranstaltung.

Vom neuen Bahntarif

Anfang nächsten Monats soll ein neuer Personentarif der Staatseisenbahn veröffentlicht werden, der vom 1. Januar gelten wird. Die grundlegende Aenderung im neuen Tarif wird darauf beruhen, daß der sogenannte Vororttarif bis zu 200 Kilometer für alle Züge erweitert wird. Eine 33prozentige Senkung der Gebühren erfahren die Monatskarten. Die bisher nur für Arbeiter bestimmten Wochenkarten mit einer Gültigkeitsdauer von 15 Tagen und anderen Lauffristen bleiben bestehen, ebenso die Abonnementskarten für zehn Bahnfarten. Der Preis der Bahnsteigkarten wird auf 20 Groschen gesenkt. Die Rückfahrtermäßigungen für Ausflügler werden in ihrem bisherigen Umfang aufrechterhalten. Der neue Bahntarif erweitert die Rückfahrtermäßigung beim Besuch der anerkannten Kurorte und Sommerfrischen auf die ganze Sommersaison. Die Monatskarten für Schüler werden den bisherigen Preisen der Schüler-Vorortskarten angeglichen.

Mietseinigungsamt wird liquidiert

Burggericht übernimmt die Geschäfte

Auf Grund der Notverordnung des Staatspräsidenten vom 13 November d. Js. über die Abänderung des Mieterschutzgesetzes wird bekanntgegeben, daß das Mietseinigungsamt mit dem Tage des Inkrafttretens der erwähnten Notverordnung liquidiert wird und alle Angelegenheiten, die dieses Amt noch nicht erledigt hat, dem Burggericht zur weiteren Erledigung überwiesen werden. Neue Eingaben um Ermäßigung der Mieten bzw. Feststellung der Grundmiete aus dem Jahre 1914, und zwar im Sinne des genannten Mieterschutzgesetzes von Ein- bis Fünfzimmerwohnungen sowie von gewerblichen Räumen der 7. und 8. Kategorie und von Geschäften der 4. Kategorie sind vom 1. Dezember ab in der vorgeschriebenen Form an das Burggericht zu richten. Gegen Entscheidungen des Burggerichts kann innerhalb einer vierzehntägigen Frist beim Bezirksgericht Berufung eingelegt werden.

Das Schauturnen der Sportgruppe des Schiller-Gymnasiums findet, wie bekanntgegeben, am 30. November, um 7 Uhr abends statt. Dagegen muß das Schauturnen am Sonntag, 1. Dezember, auf den darauffolgenden Sonntag verlegt werden.

Zum Einbruch in der ul. Nowa wird bekannt, daß in dem betreffenden Juweliergeschäft von Tätern, die bisher nicht gefaßt werden konnten, insgesamt 217 goldene und silberne Uhren, 150 Paar Ohrringe, 88 Armbänder, 92 Medaillons und 7 goldene Kreuze gestohlen wurden, die einen Gesamtwert von 11 000 Złoty darstellen. Der nach dem Einbruch verhaftete Laufbursche der Firma ist nach einem Verhör wieder freigelassen worden, da er einen guten Leumund hat. In Haft bleibt nur noch der Wächter. Weitere Einzelheiten können mit Rücksicht auf die Nachforschungen nicht mitgeteilt werden.

Häufige Klage wird über die ul Bojowa geführt, die die ul. Rolna mit der Górna Wilda verbindet. Die genannte Straße befindet sich besonders bei Regenwetter in einem Zustand, der sie unpassierbar macht. Es wäre gut, wenn die zuständige Behörde sich dieser Straße annehmen wollte, um aus ihr eine gute Verkehrsstraße zu machen.

Gegenstand antisemitischer Ausschreitungen war dieser Tage das Haus Bukowska 39, in dem jüdische Jugend ein Gemeinschaftsleben führt. Polizei griff ein und zerstreute die Demonstranten, die dabei waren, Wohnräume des Erdgeschosses zu demolieren.

Der Hausbesitzerverein hat in einer seiner letzten Sitzungen eine Entschließung gefaßt, in der u. a. ein dreijähriger Zahlungsaufschub für Anleihen verlangt wird, die zum Bau neuer Häuser aufgenommen wurden. Die Entschließung soll den zuständigen Regierungsstellen unterbreitet werden.

Wochenmarktbericht

Der am Mittwoch auf dem Sapiehaplatz abgehaltene Wochenmarkt nahm den gewohnten Verlauf. Angebot und Nachfrage waren mäßig. Die Preise für Molkereierzeugnisse waren folgende: Tischbutter 1,60—1,80, Landbutter 1,50 bis 1,60, Weißkäse 25—35, Sahnerkäse 60—70, Milch 20—22, Sahne pro Viertelliter 30—43; für die Mandel frische Eier verlangte man 1,70—1,90, für Kisteneier 1,30—1,50. — Auf dem Fleischmarkt waren die Preise kaum verändert und betrugen für Schweinefleisch 65—1,00, Rindfleisch 50—90, Kalbfleisch 60—1,20, Hammelfleisch 60—1,00, roher Speck 90—1,00, Räucherspeck 1,20, Schmalz 1,30—1,40, Gehacktes 60—80, Kalbsleber 1,20—1,30, Schweine- und Rinderleber 50—80. Den Geflügelhändlern zahlte man für Hühner 1—3,50, Enten 2—5, Gänse 3,40—8, Fettgänse das Pfund 80—90, Puten 3,50—6, Perlhühner 1,60—2,50, Tauben das Paar 90—1,30, Hasen mit Fell 3—3,50, Hasenrücken 1,10—1,30, Keulen 1—1,30, Fasanen 2,40—2,80, Kaninchen 1—2,50, Rebhühner d. Stck. 1,10—1,20. — Der Gemüsemarkt lieferte eine genügende Auswahl zu kaum veränderten Preisen. Kartoffeln kosteten 3—5, Salatkartoffeln 10 Gr., Tomaten 80, Rosenkohl 35—40, Grünkohl 10—20, Weißkohl 10—30, Rotkohl 20—40, Wirsingkohl 20—40, Schwarzwurzeln 35, Wruken 10, 2 Pfd 15, Spinat 20—30, Radieschen 5—10, Salat 15—20, rote Rüben, Mohrrüben, Zwiebeln je 10, Erbsen, Bohnen je 25—30, Kohlrabi 10—15, Sellerie 10—20, Rettiche 10—20, Blumenkohl 20—1,00, Sauerkraut 15—20, saure Gurken 10—20; Aepfel 10—40, Birnen 20—40, Backobst 80, Pflaumenmus 80—90, Weintrauben 1—1,10, Kürbis 10, Preißelbeeren 70, Moosbeeren 40, Mohn 50—60, Feigen 1—1,10, Walnüsse 1,40—1,50, Haselnüsse 1,40—1,50, Backpflaumen 80—1,20, Bananen 30 bis 40, Mandarinen 25, Apfelsinen 30—40, Zitronen 12—15, Grünlinge 30, getrockn. Pilze 50—70 das Viertelpfd., Petersilie, Dill, Majoran je 5—10 Gr. — An den Fischständen war die Auswahl gering; man verlangte für Hechte leb. 1,20, tote 90, Schleie 1,10, Karpfen 1,00, Bleie 70—80, Barsche 50—80, Weißfische 30—80, Zander 1,40, Wels 1,50, grüne Heringe 45, Stockfisch 80, Oel das Viertelliter 40—50 Gr. — Der Blumenmarkt war mäßig beschickt, der Krammarkt dagegen brachte ein reiches Angebot.

Weitere Einschränkung der Auslandsreisen

Der Minister des Innern Raczkiewicz hat an die Wojewoden, den Regierungskommissar der Stadt Warschau und die Starosten ein Rundschreiben zur Paßpolitik gerichtet. In diesem Rundschreiben, das eine Reihe früher in dieser Frage erlassener Verfügungen aufhebt, wird bestimmt, daß die Verwaltungsbehörden die Erteilung von kostenlosen Auslandspässen grundsätzlich verweigern werden. Ausgenommen sind Fälle, zu denen der Minister des Innern eine besondere Verfügung erlassen wird.

Die Erteilung von ermäßigten Auslandspässen wird von der Vorweisung von Dokumenten abhängig gemacht, durch die die tatsächlich vorhandene Notwendigkeit der Ausreise nachgewiesen werden kann; sie wird ferner abhängen von der Erfüllung sämtlicher Voraussetzungen, die in der Verordnung vom 7. Mai 1932 vorgesehen sind.

Darüber hinaus wird die Zahl der gegen Normalgebühr erteilten Auslandspässe auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Normalpässe werden nur bei Nachweisung der unbedingten Ausreisenotwendigkeit ausgegeben.

Als Kriterium für die Beurteilung der Ausreisenotwendigkeit mit einem Normalpaß kann den Behörden dienen:

das Attest eines amtlichen Arztes, in dem die Notwendigkeit eines Kuraufenthaltes im Auslande nachgewiesen wird, eine Konsulatsbescheinigung über die Notwendigkeit einer kurzfristigen Reise zu Familienangehörigen, die ständig im Auslande leben, eine Bescheinigung darüber, daß eine Auslandsreise in Vermögens- oder Erbschaftsangelegenheiten oder in wichtigen Familienangelegenheiten erforderlich ist usw.

Der Wunsch, einen Familienangehörigen, der in Dienst- oder Berufsfragen nach dem Auslande reist, zu begleiten, der Wunsch, eine internationale Ausstellung zu besuchen, an einem internationalen Kongreß oder einer Tagung teilzunehmen — das alles sind keine ausreichenden Begründungen zur Erlangung der Ausreisegenehmigung.

Zur Frage der Auslandsreisen der Schriftsteller und Journalisten wird in dem Rundschreiben erklärt, daß sämtliche bisherigen Verfügungen aufgehoben sind. Nunmehr gelten nur die allgemeinen Bestimmungen. In Fällen, in denen die Ausreise dieser Personen aus allgemeinpolitischen oder gesellschaftlichen Gründen als wünschenswert erscheinen sollte, werden die Schriftsteller und Zeitungsleute ermäßigte Pässe erhalten.

Die Ehrenkonsuln fremder Staaten, die polnische Staatsbürger sind, erhalten kostenlose Pässe.

Ärzten, die zu einem Konsilium oder zu chirurgischen Eingriffen vom Auslande her angefordert werden, werden ermäßigte Pässe mit kurzfristiger Dauer erteilt. Hingegen wird die Erteilung von ermäßigten Pässen an Ärzte, die als Reisegrund Studienzwecke angeben, vom Gutachten der Gesundheitsabteilung des betreffenden Wojewodschaftsamtes abhängig gemacht.

Die Frage der Ausreise von Personen jüdischer Nationalität nach Palästina wird eine Sonderregelung finden.

Mit Rücksicht auf die geringer gewordenen Einkommen wurden zugleich auch neue Einkommensnormen festgesetzt, die in Fällen der Nachweisung der Ausreisenotwendigkeit eine Ermäßigung der Paßgebühr begründen können: Für Alleinstehende 4800 zł Jahreseinkommen, für Familienernährer 7200 zł Jahreseinkommen bzw. ein Vermögen von 20 000 zł. Das Einkommen ist netto zu verstehen, nach Abzug der Steuern und öffentlichen Abgaben.

Der Postpaketverkehr zwischen Deutschland und Polen

Der Post- und Telegraphenminister hat eine Anordnung über den deutsch-polnischen Postpaketverkehr im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages erlassen. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Anordnungen sind folgende:

Alle aus Deutschland oder nach Deutschland versandten Pakete müssen mit einer Bescheinigung über die Verrechnung versehen sein. Gleichzeitig wird eine Liste von Waren und Gegenständen genannt, die von der besonderen Kontrolle befreit sind. Auf dieser Liste befinden sich u. a. Gegenstände, die für die Oberhäupter fremder Staaten und für ausländische Vertretungen bestimmt sind, ferner Medaillen, die verliehen worden sind, Trauerkränze und Blumensträuße, Brautausstattungen, gebrauchte Gegenstände verstorbener Personen, gebrauchte Wäsche, Schuhwerk und Kleidung, die geschenkt worden ist, Propagandaprospekte touristischer, wissenschaftlicher und ähnlicher Institutionen.

Die Empfänger von Paketen aus Deutschland müssen im Laufe von 28 Tagen dem Postzollamt Verrechnungsbestätigungen einsenden.

Film-Besprechungen

Apollo und Metropolis: „Wacuś"

Ein Lombardbeamter, der sich auf den ersten Blick verliebt, hat es sich in den Kopf gesetzt, dem Mädchen seiner Wahl in finanzieller Notlage helfen zu können und zu müssen, indem er sich in der Verkleidung eines Gymnasiasten ins Haus einschleicht und einquartiert. Dadurch zwingt er sich selbst in eine Doppelrolle, die er freilich siegreich bewältigt. Dieser Kernpunkt der Handlung hat episodale Ausfaltungen erhalten, die ein sorglos spaßiges Stück entstehen lassen, in dem die Hauptfigur darstellerisch bei ausgezeichneter Laune ist und die Mitglieder mit besten Leistungen aufwarten. Dymsza ist der Vertreter einer ureigenen Lustigkeit, die gern groteske Wege der humorspendenden Unbändigkeit geht. Er hat es gut verstanden, Unwahrscheinlichkeiten des Drehbuchs mit beachtlichem Erfolg seiner einzigartigen Verwandlungskunst zu meistern. Es gibt in dieser flotten Komödie, in der man wohl kaum Unebenheiten der Regie entdecken wird, etliche Szenen, die zum Lachen herausfordern. Jadzia Andrzejewska, deren Talent wir im „Kreuzweg der Liebe" kennen gelernt haben, ist weniger schön als von einem einnehmenden Wesen. Ćwiklińska gibt die reiche Witwe mit ausdrucksfähiger Treffsicherheit. Darbietungen des Dana-Chors sind in die Geschehnisse geschickt hineinmontiert.

Sport vom Tage

Nach Garmisch und Berlin

Sonderzüge für Sportvereine

Der Beauftragte für Polen vom Organisationskomitee für die Olympiade teilt mit:

Was die Frage der ermäßigten Pässe zum Besuch der Olympiade-Veranstaltungen betrifft, so wird darauf hingewiesen, daß Sportvereine, die gemeinsame Ausflüge in Sonderzügen planen, mit der Gewährung von Sammelpässen rechnen können. Derartige Organisationen müssen ein entsprechendes Gesuch an das Außenministerium einreichen und werden in zweckmäßiger Weise von ihrem Schritt das Polski Komitet Olimpijski, Warszawa, Miejska 11, und das deutsche Organisationskomitee für die Olympiade, Warszawa, Zgoda 12, in Kenntnis setzen.

Was den Besuch der Winter-Olympiade in Garmisch-Partenkirchen betrifft, so besteht die Möglichkeit der Beteiligung an dem Ausflug des Polski Komitet Olimpijski, das einen Sonderzug für einen 15tägigen Besuch der Olympiade in Garmisch-Partenkirchen zusammenstellt. Die Kosten dieses Zuges sollen sich mit Paßgebühren, Beförderung, Unterbringung und Verpflegung auf etwa 300 Zloty belaufen.

Schmeling vor dem Titelkampf

In der Frage der nächsten Boxweltmeisterschaft im Schwergewicht scheint sich die Lage zu klären. Dieser Tage hat **Max Schmeling** von der Leitung der Madison Square-Garden-Gesellschaft aus New York ein Angebot erhalten, **im Juni nächsten Jahres zum Titelkampf** anzutreten unter der Voraussetzung, daß vorher das Kräfteverhältnis zwischen Jimmy **Braddock** und Joe **Louis** geklärt worden ist. Sollte aus irgendeinem Grunde diese Begegnung nicht zustande kommen, so hätte Schmeling vor der Begegnung mit Braddock eine Ausscheidung mit Louis auszutragen. Schmeling hat sich zu dem Angebot noch nicht bindend geäußert, doch geht seine Ansicht dahin, die New-Yorker Veranstalter zu einem Titelkampf mit Braddock direkt zu bewegen. Die entsprechenden Verhandlungen werden in Kürze in die Wege geleitet.

Olympia-Zeitung

Für die Zeit der Olympischen Spiele 1936, und zwar erstmalig während der Winterolympiade in Garmisch-Partenkirchen, wird im Reichssportverlag eine täglich erscheinende Olympia-Zeitung zum Preise von 20 Pfg. für die Einzelnummer herausgegeben. In bildlich hochwertiger Ausstattung, mit textlich größter Schnelligkeit und Zuverlässigkeit wird sie jedem Besucher der Olympiade, ob Aktiven oder Sportfreund, eine willkommene Zeitung sein. Darüber hinaus soll sie ein wertvolles Dokument bleiben über eine der größten sportlichen Veranstaltungen, die die Welt je erlebte. Zu diesem Zweck werden Sammelmappen hergestellt. Die zehn Hefte, die während der Winterspiele erscheinen, kosten im Postbezug einschließlich Zustellgeld zwei Mark.

Aus Posen und Pommerellen

Lissa

k. **„Krach um Jolanthe".** Wer da glaubt, Jolanthe sei eine fesche Bauerndeern, um derentwillen sich einige temperamentvolle Jünglinge „krachen", der sei hiermit schwer enttäuscht. Jolanthe ist oder, besser gesagt, war ein lebensvolles Mutterschwein, das, um der Schande einer gerichtlichen Pfändung zu entgehen, sich schlachten ließ. Wer dies alles miterleben will, der versäume nicht, zu der Veranstaltung des Volksbüchereivereins am Sonnabend, 7. Dezember, abends 8 Uhr im Schützenhause zu erscheinen.

k. **Theater-Aufführung in Alt-Laube.** Am kommenden Sonntag, dem 1. Dezember, abends um 7 Uhr findet im Stolpeschen Saale eine Theater-Aufführung statt, deren Reinertrag für Bestreitung der Kosten des bereits vollendeten **Kirchenumbaus** bestimmt ist. Zahlreiche Teilnahme an diesem Theaterabend wird erwartet.

k. **Die Beratungsstelle für Lungenkranke** bei der Sozialversicherungsanstalt ist täglich von 9—11 Uhr für die Bewohner von Stadt und Kreis Lissa tätig.

Rawitsch

— **Luftschutzausstellung auch im ganzen Kreise.** Im Laufe des nächsten Monats wird die Gas- und Luftschutzausstellung, die mit dem heutigen Tage in Rawitsch ihren Abschluß findet, in verschiedenen Orten unseres Kreises gezeigt werden, und zwar in **Görchen** vom 1. bis 6. Dezember einschl. im Saale des Schützenhauses, in **Jutroschin** vom 8. bis 13. Dezember einschl. im Saale des Schützenhauses, in **Chojno** vom 15. bis 19. Dezember einschl. im Gemeindesaale und in **Bojanowo** vom 22. bis 29. Dezember im Hotel Stryczyński. Die Besuchszeiten sind jeweilig von 2 bis 8 Uhr nachmittags. Es ist durch diese Maßnahme der ganzen Bevölkerung des Kreises Gelegenheit gegeben, die interessante und vielseitige Ausstellung zu besichtigen und sich mit den Gefahren eines zukünftigen Krieges und deren wirksame Bekämpfung bekannt zu machen. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder der LOPP. 10 Gr., für Nichtmitglieder 20 Gr. Schulkinder und Militärpersonen haben freien Eintritt. Die Mitglieder der LOPP. werden gebeten, ihren Mitgliedsausweis mitzubringen.

Wollstein

* **Neue Brücke.** Dieser Tage wurde in Blotnik hiesigen Kreises eine neue Brücke dem Verkehr übergeben. Die feierliche Eröffnung derselben erfolgte durch den Herrn Starosten, der in Begleitung seines Vertreters, Magister Haßny, des Kreis-Polizeikommandanten Sauter und des Brückenbaumeisters Siedlarek erschienen war. Eine kurze Rede hielt der Wójt der Gemeinde Priment, Herr Śniatecki, worauf der Herr Starost mit kurzen Worten die Brücke dem öffentlichen Verkehr übergab. Aus seiner Rede ging hervor, daß die Kosten zum Bau dieser Brücke zum Teil der Kreisausschuß, der 2500 Zl. gab, und zum Teil von der Gemeinde Blotnik, die 1300 Zl. zur Verfügung stellte gedeckt wurden. Zum Schluß wies der Herr Starost darauf hin, daß es Aufgabe der Gemeinde sei, die Brücke stets in bestem Stande zu erhalten.

Kletzko

Jubiläum der Spar- und Darlehnskasse Bismarcksfelde

kr. Am Sonnabend, dem 16. d. Mts., hatte die Spar- und Darlehnskasse **Bismarcksfelde** (Swiniary) ihre Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen. Der Vorsitzende, Herr **Dammermann**-Charbowo, eröffnete die Versammlung um ¼4 Uhr nachmittags, begrüßte die fast vollzählig erschienenen Mitglieder, den Vertreter des Verbandes, V.-R. Schönhoff sowie den als Gast anwesenden Vertreter der Presse, den früheren Verbandsrevisor, Hauptschriftleiter Machatscheck. Mit kurzen Worten erinnerte er an das 40jährige Bestehen der Kasse und erteilte dann dem Verbandsrevisor das Wort. Herr **Schönhoff** überbrachte die Glückwünsche des Verbandes. In längeren Ausführungen berichtete er über den Werdegang der Kasse und ihren heutigen Stand, die unter den ländlichen Kreditgenossenschaften an hervorragender Stelle stehe und das Vertrauen aller Mitglieder genieße. Dies sei nicht zuletzt der bewährten Leitung der Genossenschaft und dem genossenschaftlichen Geist der Mitglieder zu verdanken, die auch in schwerer Zeit treu zu ihrem Verein gehalten haben. Weiter schilderte der Redner die Entwicklung des Verbandes und dessen Umstellung auf Grund des neuen Genossenschaftsgesetzes. Er hob hervor, daß sich unsere genossenschaftlichen Organisationen auch des besonderen Vertrauens der Regierung erfreuen, was daraus hervorgeht, daß fast sämtliche Beamte des Revisionsverbandes, die auf Grund des neuen Genossenschaftsgesetzes einer Bestätigung von Warschau bedürfen, bestätigt wurden. Nach einer Aufklärung über Konversion, Abzahlung, Zinsen usw. wurde die Versammlung um 5 Uhr geschlossen.

Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Kasse wurde anschließend eine **Feier** veranstaltet, zu der sich auch die Angehörigen der Mitglieder in großer Zahl versammelt hatten. Ein Orchester, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Genossenschaft, sorgte für Musik. Schnell hatten sich die Jugend und ältere Tanzlustige zum Tanz zusammengefunden. Auch für das leibliche Wohl der Anwesenden wurde gesorgt. An langen Tischen wurden Würstchen und Kaffee verteilt. Bei dieser Gelegenheit ergriffen die Posener Gäste das Wort und schilderten Sinn und Zweck einer Genossenschaft. Nur durch engen Zusammenschluß und das Vertrauen zur Organisation könne den Mitgliedern über die jetzige Notzeit hinweggeholfen werden. Auch der Vorsitzende der DV., Volksgenosse **Niedringhaus**, ermahnte die Anwesenden in einer kurzen Rede zur Einigkeit und Besonnenheit. Bei Tanz, Gesang und fröhlicher Unterhaltung verblieben die Anwesenden noch bis zur Polizeistunde. Es müßte in jeder Genossenschaft so eine Geschlossenheit und solch gemeinschaftlicher Geist herrschen, dann wäre viel Schweres in unserer Zeit leichter zu tragen.

Tremessen

ü. **Fingierter Diebstahl.** Auf der hiesigen Polizeistation erschien der Landwirt Anton Mrówka aus Zieleń und meldete, daß ihm Garderobe, Wäsche, Goldschmuck, silbernes Eßbesteck, zwei Jagdgewehre und ein Browning im Gesamtwert von 5000 zl gestohlen worden waren. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß M., der gegen Diebstahl versichert ist, in den Besitz einer gewissen Versicherungssumme zu gelangen suchte und den Diebstahl vortäuschte. Einige Tage vorher hatte er die angeblich gestohlenen Gegenstände selbst nach Posen geschafft.

Nakel

§ **Kirchenneubau.** Nachdem einige tausend Morgen des Gutes Dembowo parzelliert worden waren, auf denen etwa 60 selbständige Bauern angesiedelt wurden, erwies sich die alte katholische Kirche für die Gemeinde als zu klein. Die neue Kirche, die auf dem Bauplatze der alten Kirche errichtet wird, ist im Rohbau fertiggestellt. Der Besitzer von Dembowo hat einen Teil des Patronats abgetreten. Die Inneneinrichtung der Kirche, die 1200 Personen faßt, wird im kommenden Jahre fertiggestellt sein.

§ **Ein Unterschlagungsprozeß** fand vor der verstärkten Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der frühere Leiter der Nakeler Filiale der Sozialversicherungsanstalt, Edward Zieliński. Die Anklage legt ihm zur Last, vom 9. bis 27. Februar d. Js. den Betrag von 5562.41 Zl. veruntreut zu haben. Von diesem Gelde hat Z. 5000 Zloty zurückgezahlt. Der Angeklagte bekannte sich zur Schuld und führte zu seiner Verteidigung an, daß er im Jahre 1932 in seiner Kasse ein Manko von 3000 Zl. gehabt habe. Er habe sich gescheut, diesen Fehlbetrag der Sozialversicherungsanstalt in Bromberg mitzuteilen, in der Hoffnung, daß es ihm mit Hilfe seiner Familie gelingen würde, diesen Fehlbetrag zu decken. Er führte seinerzeit die Untersuchung in der Schubiner Krankenkassenaffäre und habe schon deshalb den Fehlbetrag verschweigen wollen. Später habe er durch andere eingehende Beträge den Schaden zu decken gesucht, wobei sich jedoch die Differenz vergrößerte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre. Da der Angeklagte nicht vorbestraft ist und den größten Teil des Geldes zurückerstattet hat, wurde ihm ein zweijähriger Strafaufschub zugebilligt.

Jarotschin

× **Hundert Jahre Kolonialwaren-Großhandlung.** Die Feier ihres hundertjährigen Bestehens konnte dieser Tage die Kolonialwaren-Großhandlung W. Ziemniewicz begehen. Unter der Leitung von Herrn Stefan Zaplata, der jetzt 25 Jahre in der Firma tätig ist, hat sich das Unternehmen zu seiner heutigen Größe entwickelt. Herr Z. ist Gründer und Mitglied der verschiedensten Organisationen unserer Stadt und hat sich als langjähriges Magistratsmitglied um Jarotschin große Verdienste erworben. Er wurde deshalb in der letzten Stadtverordnetensitzung zum Ehrenbürger ernannt. Außerdem ist er seit längerer Zeit Rat der Posener Handels- und Industriekammer und Mitglied verschiedener Kommissionen und Vereine des Kreises und der Wojewodschaft. Am Jubiläumstage fand vormittags in der neuen katholischen Kirche eine Festmesse statt, an der die Abordnungen vieler Vereine und Vertreter der Kaufmannschaft der Stadt und des Kreises teilnahmen. Daran schloß sich eine festliche Veranstaltung in der Privatwohnung der Familie Zaplata.

Inowrocław

pm. **Unterverbandstag.** Dieser Tage fand hier im Deutschen Heim der diesjährige Unterverbandstag statt, der vom Verbandsdirektor Dr. Swart eröffnet wurde. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach der Vorsitzende über Verbandsangelegenheiten. Einleitend gab er einen geschichtlichen Ueberblick über die letzte Entwickelung des deutschen Genossenschaftswesens in Polen. Redner erwähnte dabei die Angriffe gegen die Verbandsleitung. Der Verband deutscher Genossenschaften in Polen ist trotz der Krisenjahre gesund geblieben. An Stelle des Herrn Julius Mutschler wurde Fritz Schreiber-Rybitwy einstimmig zum Unterverbandsdirektor gewählt. Als nächster Redner sprach Direktor Geißler von der Landw. Zentralgenossenschaft Posen über das Warengeschäft und insbesondere über die Gestaltung der Getreidepreise. Als letzter Redner ergriff Verbandsrevisor Kraft, Posen, das Wort zum Entschuldungsgesetz. Der große Beifall, der allen drei Rednern zuteil wurde, hat erkennen lassen, daß die Genossenschaften geschlossen hinter der Verbandsleitung stehen.

Krotoschin

Von der Welage. In der kommenden Woche werden im hiesigen Bezirk folgende Versammlungen abgehalten: Ortsgruppe Hellefeld am Sonnabend, 30. November, abends 7 Uhr bei Gonschorek in Hellefeld; Ortsgruppe Kobylin am Sonntag, 1. Dezember, um 2¼ Uhr bei Taubner. In beiden Versammlungen spricht Herr Baehr-Posen über die Themen: „Welchen Einfluß wird der Handelsvertrag mit Deutschland auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben?" und „Neubonitierung der Grundstücke". Au Sonnabend, 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr findet in Guminitz bei Weigelt eine Frauenversammlung statt, in welcher Frl. Ilse Busse-Smilowo über „deutsche Feste" spricht. Es wird darauf hingewiesen, zu sämtlichen Versammlungen die Mitgliedskarten mitzubringen.

Höchsttarife für Autotaxen. Im Amtsblatt des Kreises vom 20. d. Mts. wurden die Höchstpreise für Autotaxen in unserer Stadt veröffentlicht, die folgendermaßen festgesetzt sind: Für Fahrten am Tage pro Einzelkilometer 40 Gr., mindestens jedoch 1 Zl.; für Fahrten in der Nacht pro Einzelkilometer 60 Gr., mindestens jedoch 1 Zl. Wartezeiten am Tage: die ersten 15 Minuten sind frei, jede weiteren 10 Minuten kosten 10 Gr.; Wartezeiten in der Nacht: die ersten 15 Minuten sind frei, jede weiteren 10 Minuten 20 Groschen.

Ein- und Verkaufsgenossenschaft. Das Büro der hiesigen Ein- und Verkaufsgenossenschaft, das sich bisher an der ul. Wolności befand, ist in ein auf dem Hofe befindliches Gebäude verlegt worden, so daß es nun von der ul. Kościuszki zu erreichen ist. Dies ist insofern vorteilhaft, als Büro und Speicherräume näher beieinander liegen und somit eine schnellere und bequemere Erledigung der Geschäfte ermöglichen.

Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft. Die hiesige Ein- und Verkaufsgenossenschaft hatte am Dienstag, 19. November im Vereinshause ihre diesjährige Generalversammlung. Es waren etwa 33 Mitglieder anwesend. Die Tagesordnung umfaßte 8 Punkte. Der Geschäftsbericht wurde vom Geschäftsführer verlesen, während ein Posener Vorstandsmitglied, Herr Prokurist Marschner, Erläuterungen hierzu gab und auf die allgemeine Wirtschafts- und Geschäftslage einging. Ebenso wurden im Zusammenhang damit die Kreditverhältnisse in Verbindung mit der Entschuldungsverordnung erörtert. Anschließend trug Herr Marschner die Bilanz vor. Geschäftsbericht wie Bilanz und Entlastung des Vorstandes und Aussichtsrates wurden einstimmig genehmigt. Ebenso fanden alle Anträge zu den übrigen Punkten der Tagesordnung einstimmige Annahme, darunter auch der Antrag, an den Verbandsdirektor Dr. Swart ein Dankteelegramm für Rat und Tat zu schicken.

Mogilno

ü. **Beratungen des Dürre-Hilfskomitees.** Am vergangenen Freitag fand im hiesigen Finanzamt unter dem Vorsitz des Kreisstarosten Boguszewski eine Sitzung des Dürre-Hilfskomitees statt, an welcher auch der Vizestarost Okińczyc, Rechtsanwalt Rosada und der Finanzamtleiter Prociński sowie Vertreter größerer und kleinerer Besitzungen teilnahmen. Es wurde die Reihenfolge der durch die Dürre geschädigten und für die Steuererleichterungen in Frage kommenden Gemeinden festgelegt. An erster Stelle steht die Gemeinde Tremessen. Es folgen ihr Strelno-Süd, Mogilno-West, Gembitz, Mogilno-Ost, Pakosch, Kruschwitz, Chelmce und Strelno-Nord. Die Ermäßigung der Grundsteuern liegt zwischen 5—40 Prozent. Die Gesamtsumme der ausfallenden Steuern beträgt etwa 45 000 Zl. Nicht mit einbegriffen sind die Kommunalsteuern und die Vermögensabgabe.

ü. **Für Pferdezüchter.** Das Verzeichnis der Mitglieder des Kreis-Pferdezüchtervereins, deren Stuten während der Musterungen am 12. Juni d. J. in Kruschwitz und Chelmce, am 13. Juni in Tremessen, Orchheim und Gembitz, am 14. Juni in Mogilno und Kaisersfelde und am 15. Juni in Strelno in das Verbandsbuch eingetragen wurden, liegt im Sekretariat des polnischen Kreisbauernvereins am Pilsudski-Platz 3 zur Einsicht aus. Nach Entrichtung der Einschreibegebühr und des Jahresbeitrags werden die Dokumente ausgehändigt.

Pleschen

& **Kinderfest.** Der Elternbeirat der Mädchenschule in Pleschen veranstaltet am Sonnabend, 30. November, ein Fest, zu dem die Schulkinder sowie auch Erwachsene eingeladen sind. Nach einigen Vorführungen wird getanzt. Für Stärkung und Erfrischung sorgt ein reichhaltiges und billiges Büfett. Der Reinertrag der Veranstaltung ist zum Ankauf von Schulbüchern und -heften für arme Schulkinder bestimmt.

Kobylin

by. **Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft.** Am Dienstag, 19. November, nachm. 3 Uhr fand im Taubnerschen Saale die diesjährige ordentliche Generalversammlung der hiesigen Ein- und Verkaufsgenossenschaft statt. Nach Eröffnung und Begrüßung der sehr zahlreich erschienenen Mitglieder durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats gedachte dieser der im vergangenen Geschäftsjahre verstorbenen Mitglieder Albert Scholz, Kobylin, und Bernhard Schnieder, Czeluscin. Es wurde dann von einem Vorstandsmitglied der Revisionsbericht über die vor etwa drei Wochen durch den Verband in der Genossenschaft durchgeführten Revision verlesen. Der Geschäftsführer gab dann einen Geschäftsbericht über die Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr, wobei er die Umsätze der früheren Jahre mit dem verflossenen Jahr an Hand von Zahlen verglich und trotz der Wirtschaftskrise dennoch einen Fortschritt in den Zentner-Umsätzen aufweisen konnte. Die Bilanz für das Geschäftsjahr 1934/35, die mit einem Reingewinn von 4165,38 Zl. schließt, wurde einstimmig angenommen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. In den weiteren Ausführungen über das Umschuldungsgesetz und die Lage der Genossenschaft wurden die Mitglieder ermahnt, weiter treu zu dieser wirtschaftlichen Organisation zu stehen, um die neu errichtete Genossenschaft fernerhin zu fördern. Nach den erfolgten Ersatzwahlen für den Aufsichtsrat sowie Genehmigung der Gewinnverteilung wurde die Versammlung nach Verlesung des Protokolls geschlossen. Wie bisher, so werden auch in Zukunft die Mitglieder fest und unerschütterlich zum Gedeihen der Genossenschaft beizutragen trachten, denn nur dann können sie auch von ihr erwarten, daß sie ihre Mitglieder stets zufriedenstellt.

Elektrische Kalender

In Amerika sind jetzt vielfach elektrische Kalender im Gebrauch, die der Notwendigkeit entheben, jeden Tag den Kalender umzublättern oder ein Blatt abzureißen. Ein Mechanismus, der an die elektrische Leitung angeschlossen ist, sorgt dafür, daß alle 24 Stunden

mit der Präzision eines Uhrwerks das alte Datum von einer Tafel verschwindet

und das neue dafür auftaucht. Bei ganz besonders kostspieligen elektrischen Kalendern ist sogar dafür gesorgt, daß man 25 Jahre lang keinen Handgriff an ihnen zu besorgen hat, denn der Mechanismus achtet sogar am Jahresende darauf, ob der Februar des nächsten Jahres wegen eines Schaltjahres einen Tag länger ist oder nicht. Ob sich die Kosten lohnen, wird nicht mitgeteilt.

Vertreter der Deutschen Handelskammer über das Abkommen

Der Vizepräsident der Deutschen Handelskammer für Polen, Freiherr von Gregory, sowie der Warschauer Vertreter dieser Kammer, Dr. Kindler, weilten dieser Tage in Lodz und haben dort mit Vertretern der Lodzer Handels- und Gewerbekammer sowie Lodzer Wirtschaftskreisen Fühlung genommen. Gegenstand der Verhandlungen war der neue deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag.

Einem Vertreter der Lodzer „Freien Presse" erklärten die Vertreter der Deutschen Handelskammer für Polen, sie seien überzeugt, dass der neue Wirtschaftsvertrag, sofern auf **beiden Seiten die nötige Bereitschaft und Anpassungsfähigkeit** vorhanden sei, eine gute Zukunft habe. Allerdings müsste sowohl die polnische wie die deutsche Seite nach Möglichkeit dazu beitragen, dass der Vertrag auch ausgenutzt werde, beispielsweise durch Finanzierung der Ein- und Ausfuhr.

Deutschland könne jederzeit die Polen eingeräumten Kontingente ohne Mühe aufnehmen,

es käme also auf Polen an, ob es die deutschen Kontingente ausnutzen werde. Das Verrechnungssystem sei zwar für die Entwicklung des Handelsverkehrs hemmend, aber hoffentlich nur in der ersten Zeit, bis man sich an die Eigenart dieses Zahlungsverkehrs gewöhnt haben werde. Die beiderseitigen Regierungsausschüsse würden ja manches Hemmnis beseitigen und auch Erleichterungen schaffen können, ohne die grundsätzlichen Bestimmungen des Vertrages zu verändern. So werde man sicherlich auch nichtausgenutzte Kontingente anderen, schnell ausgenutzten Kontingenten zuschlagen können, um Waren, die gute Abnahme finden, in grösserer Menge anbieten zu können als ursprünglich vorgesehen. Bezüglich des englischen Wettbewerbs auf dem polnischen Markt erklärten die deutschen Vertreter, die Aeusserung des Vorsitzenden der englischen Industrieabordnung, die vor kurzem in Polen weilte, dass die Verrechnungsbestimmungen des deutsch-polnischen Vertrages die deutsche Einfuhr nach Polen stark hemmen würden, sei hoffentlich nicht massgebend.

Der deutsche Exporteur wisse auf dem polnischen Markt besser Bescheid, habe bessere Vertreter und werde sich zweifellos den Eigenarten des polnischen Abnehmers besser anpassen als der konservative englische Exporteur.



Leichte Preiserhö ung im Oktober

Der amtliche Index der Grosshandelspreise in Polen (1928 = 100) hat sich im Oktober um 0.3 Punkte auf 54.5 erhöht. Bezeichnend für die Preisentwicklung war, dass sich die neue Landwirtschaftspolitik nicht mehr in einer nennenswerten Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auswirkte und deren Indexziffer nur von 46.3 auf 46.5 Punkte gestiegen ist. Stärker dagegen, wenn auch absolut ebenfalls nur geringfügig, stieg die Indexziffer der Preise für Industriewaren von 56.8 auf 57.3 Punkte, und zwar vor allem infolge einer fühlbaren Verteuerung zahlreicher Rohstoffe.

Die Preise entwickelten sich im Oktober also in einer der Politik der neuen Regierung, die die Agrarpreise steigern und die Industriepreise senken will, gerade entgegengesetzten Richtung.

Vor Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien

Neue Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Belgien sollen auf Veranlassung der belgischen Regierung angeblich noch in diesem Jahre aufgenommen werden. Die belgische Regierung hofft, von Polen neue zusätzliche Einfuhrzugeständnisse zu gewinnen, die ihr einen Abbau des grossen Einfuhrüberschusses ermöglichen, den Belgien in den letzten Jahren im Handel mit Polen zu verzeichnen hat. In den ersten 9 Monaten 1935 hat Polen für 36.6 Mill. zł Waren nach Belgien geliefert und aus Belgien nur für 18.9 Mill. zł, also nur wenig mehr als die Hälfte bezogen. Bereits vor einigen Wochen weilte in Warschau im Auftrage des belgischen Industrieverbandes Gérard, um die Möglichkeit einer Erweiterung der belgischen Industrieausfuhr nach Polen zu prüfen. Die polnischen Ausfuhren nach Belgien bestehen zum grösseren Teil in Getreide und Sämereien, im übrigen hauptsächlich in Holzerzeugnissen, während umgekehrt in der belgischen Ausfuhr nach Polen Textilrohstoffe, Textilerzeugnisse und Metallwaren an der ersten Stelle stehen.

Die Notlage der Agrarmaschinenindustrie

Der mittlere Umsatz mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, die im Inlande hergestellt werden, betrug vor Ausbruch der Krisis etwa 100 Mill. zł. Im Jahre 1930 war dieser Umsatz bereits auf 29 412 000 zł gefallen, im Jahre 1931 auf 5 835 000 zł, im Jahre 1932 auf 3 806 000 zł und im Jahre 1933 auf 2 400 000 zł. Wenn man für das Jahr 1928 die Kennziffer 100 annimmt, so erhält man für die letzten vier Jahre folgende Zahlen: 29, 5.8, 3.8 und 2.4. Dieser katastrophale Rückgang der Umsätze konnte nicht durch eine erhebliche Preisherabsetzung aufgehalten werden, die sich wie folgt darstellt:

	1928/29	1934/35	in %
Einscharpflug	34.30	22.—	37
Ganzstahl-Feldegge	68.60	55.—	20
5-zinkiger Kultivator	102.90	70.—	31
Häckselmaschine Nr. 3	132 30	65.—	50
Dreschmaschine 5 Lanz	401.80	220.—	45
Breit-Dreschmaschine	901.60	500.—	44.5
15reihige Sämaschine	862.40	500.—	54

Diese Aufstellung zeigt, dass die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte weitgehende Preisherabsetzungen vorgenommen haben, die aber an die Kaufkraft der Landwirte nicht heranreicht, da diese inzwischen um 77% gesunken ist. Die Lage der landwirtschaftliche Maschinen und Geräte herstellenden Industrie ist ausserordentlich schwierig. Fast die ganze Produktion ist gegen Kredit verkauft worden. Als dann die Konjunktur zusammenbrach und die Landwirte die ausgestellten Wechsel zu Protest gehen lassen mussten, verloren die meisten Fabriken, die diese Wechsel zurückkaufen mussten, ihr Umsatzkapital. Die Zwangseintreibungen ruinierten die Landwirte, retteten aber nicht die Fabriken.

Da die Käufe der Landwirte immer geringer wurden, stellten die Fabriken die Erzeugung ein und begannen die vor 1930 vorhandenen Vorräte zu verkaufen und sich auf andere Erzeugnisse umzustellen.

Die zweite gefährliche Folge dieses Zustandes ist die, dass durch die Verschlechterung der landwirtschaftlichen Geräte eine ordentliche Landbestellung unmöglich wird, wodurch in der Folge eine weitere Verringerung der Rentabilität der Landwirtschaften eintreten kann. Dann wird das Problem der Erneuerung der Maschinen und Geräte in der Landwirtschaft zu einem Staatsproblem. Die ruinierte Industrie wird keine Kredite erteilen können und die Kreditbedingungen werden, sofern sie nicht abgeändert werden, nicht der Wirtschaftsmöglichkeit der Landwirtschaft angeglichen sein. Es werden also weiter schier unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Lieferung von landwirtschaftlichen Geräten entstehen.

Alle diese Einwendungen werden in einer Denkschrift der landwirtschaftliche Maschinen und Geräte herstellenden Fabriken zusammengefasst, die darauf hinweisen, dass schnelle Abhilfe notwendig sei, wenn nicht ein katastrophaler Zustand eintreten solle.

Firmennachrichten

Generalversammlungen

23. 11. 1935. Fabryka Krzeseł Gościcino Sp. Akc., Gościcien, Kreis Morski. Ordtl. G.-V. 15 Uhr in den Räumen der Fabrik in Gościcino.

25. 11. 1935. Cukrownia „Tuczno" Sp. Akc. in Tuczno. Ordentl. G.-V. 11 Uhr in Inowrocław im Hotel „Basta".

25. 11. 1935. Cukrownia „Kujawa" Sp. Akc. in Amsee. Ordentl. G.-V. 12 Uhr in Inowrocław im Hotel „Basta".

29. 11. 1935. Der Verband „Plon" Sp. Akc., Inowrocław. Ordentl. G.-V. 15 Uhr in den Räumen des Verbandes.

2. 12. 1935. Wapniarnia Miasteczko Sp. Akc. in Posen. Ordentl. G.-V. 16 Uhr im Lokal der Firma Posen, ul. M. Focha 4, m. 5.

9. 12. 1935. Hurtownia Spółek Spożywców in Posen. G.-V. 11 Uhr in dem Sitzungssaal der Bank Związku Zarobk. Posen, plac Wolności 15.

Konkurse

E. = Eröffnungstermin. A. = Anmeldetermin. G. = Gläubigerversamml. K. = Konkursverw.

(Termine finden in den Burggerichten statt)

Gdingen. Konkursverfahren Jan Mikulski in Gdingen mangels Masse aufgehoben.

Posen. Konkursverfahren Antoni Bzyl, Posen, Droga Dębinska 3 b. Termin zur Prüfung der Forderungen 29. 11. 1935, 11 Uhr, Z. 45.

Thorn. Konkursverfahren Eduard Stefanowicz, Thorn-Mokre, aufgehoben, da der am 8. 10. 1934 vereinbarte Zwangsvergleich rechtskräftig geworden ist.

Dirschau. Konkursverfahren Kajetan Bernacki in Dirschau. Termin 9. 12. 35, 10 Uhr, Z. 16.

Gerichtsaufsichten

(Termine finden in den Burggerichten statt)

Posen. Zahlungsaufschub Stefan und Katarzyna Marja Wilczewska in Rataj, Kreis Kolmar. Prüfungstermin 2. 12. 1935, 11 Uhr, Z. 116.

Börsen und Märkte

Posener Börse

vom 28. November

5% Staatl. Konvert.-Anleihe	62.50 G
8% Obligationen der Stadt Posen 1926	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1927	—
5% Pfandbriefe der Westpolnisch. Kredit-Ges. Posen	—
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-zł)	—
4½% Dollarbriefe der Pos. Landsch	37.00 G
4½% ungestempelte Dollarpfandbriefe in Gold	39 50+
4% Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft	—
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)	52 00 G
4½% Zloty-Pfandbriefe	37.00 G
4% Prämien-Invest.-Anleihe	—
3% Bau-Anleihe	39 50 G
Bank Polski	95.00 G
Bank Cukrownictwa	—

Tendenz: behauptet.

Danziger Devisenkurse

Notierungen der Bank von Danzig

Danzig, 27. November. In Danziger Gulden wurden für telegr. Auszahlungen notiert: New York 1 Dollar 5.3020—5.3230, London 1 Pfund Sterling 26.17—26.27, Berlin 100 Reichsmark 213.13—213.97, Warschau 100 Zoty 99.80 bis 100.20, Zürich 100 Franken 171.36—172.04, Paris 100 Franken 34.93—35.07, Amsterdam 100 Gulden 358.38—359.82, Brüssel 100 Belga 89.62 bis 89.98, Reichsmarknoten —.—, Stockholm 100 Kronen 134.93—135.47, Kopenhagen 100 Kronen 116.87—117.33, Oslo 100 Kronen 131.49—132.01. — Banknoten: 100 Złoty 99.80—100.15.

Warschauer Börse

Warschau, 27. November

Rentenmarkt. Das Interesse für Staatspapiere war gross, die Stimmung veränderlich.

Die Gruppe der Privatpapiere war wenig belebt bei veränderlicher Tendenz.

Es notierten: 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 52.50, 4proz. Prämien-Invest.-Anl. 111, 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 1924 63.50, 6proz. Dollar-Anleihe 1919/1920 77.25, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe von 1927 61.50, 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II. bis VII. Em. 83.25, 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83.25, 8proz. Bau-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. und III. N. Em. 81, 4½proz. L. Z. der Tow. Kred. der Stadt Warschau (Ser. V) 42.75 bis 42.50, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 49.50—50.25—50.50, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Lodz 1933 45.75, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Siedlec 1933 32.50 bis 32.

Aktien: Die Aktienbörse war belebt, Gegenstand der offiziellen Notierungen waren 5 Gattungen von Dividendenpapieren.

Bank Polski 95, Warsz. Tow. Fabr. Cukru 45, Węgiel 14.50, Modrzejów 4.25, Ostrowiec S. B 19—19.25.

Devisen: Die Geldbörse stand im Zeichen uneinheitlicher Tendenz bei kleineren Umsätzen.

Im Privathandel wurde gezahlt: Bardollar 5.32½—5.32¾, Golddollar 9.01½—9.02, Goldrubel 4.76½—4.82, Silberrubel 1.80, Tscherwonez 2.75—3.

Amtliche Devisenkurse

	27 11 Geld	27. 11 Brief	26 11 Geld	26. 11. Brief
Amsterdam	358.73	360.17	358.73	360.17
Berlin	212.92	213.98	212.92	213.98
Brüssel	89.72	90.08	89.67	90.03
Kopenhagen	—	—	—	—
London	26.16	26.30	26.19	26.33
New York (Scheck)	—	—	5.30⅝	5.33¹/
Paris	34.935	35.075	34.935	35.075
Prag	21.95	22.03	21 94	22.02
Italien	—	—	—	—
Oslo	—	—	131.77	133.43
Stockholm	134.92	135.58	135.12	135.78
Danzig	—	—	—	—
Zürich	171.51	172.19	171.51	172.19

Tendenz: veränderlich.

Amtlich nicht notierte Devisen: Kopenhagen 117.10, Madrid 72.60, Montreal 5.26, New York 5.31⅞, Oslo 131.80.

1 Gramm Feingold = 5.9244 zł.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 28. Novbr. Tendenz: kaum verändert. Die Börse eröffnete bei wieder sehr stillem Geschäft zu wenig veränderten Kursen. Die Schwankungen gingen über ¼% nach beiden Seiten hinaus. Zu den Ausnahmen zählten Harpener mit minus 1¾ und Reichsbank mit minus ¾, sowie AEG mit plus 1⅛ und Berlin-Karlsruher mit plus ¾%. Am Rentenmarkt ermässigte sich Reichsaltbesitz auf 112½ (112⅝), dagegen zogen die seit Tagen gefragten Reichsbahnvorzüge auf die angekündigte Dividendenabschlagszahlung um ⅛% auf 123 an.

Blanko-Tagesgeld verteuerte sich auf 3⅛ bis 3⅜%.

Ablösungsschuld 112½.

Märkte

Getreide. Bromberg, 27. November. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Bromberg. — Umsätze: Roggen 425 t zu 12.90 bis 13, Einheitsgerste 45 t zu 14.25—14.45, Hafer 15 t zu 16.10. Richtpreise: Roggen 13, Standardweizen 17.50 bis 17.75, Einheitsgerste 14.00 bis 14.25, Sammelgerste 13.50 bis 14. Braugerste 15—15.50, Hafer 15.50—16.25, Roggenkleie 9.25—9.75, Weizenkleie grob 10—10.50, Weizenkleie mittel 9.75—10.25, Weizenkleie fein 10.25—10.75, Gerstenkleie 10 bis 11. Winterraps 41—44, Winterrübsen 39—41, Senf 34 bis 36, Leinsamen 37—39, Peluschken 22 bis 24, Felderbsen 21—23, Viktoriaerbsen 26 bis 30, Folgererbsen 20—23, Blaulupinen 10.25—10.75, Gelblupinen 10.50—11, Rotklee roh 80—90, gereinigter Rotklee 95—115, schwedischer Rotklee 160—180, Wicken 21 bis 23, Weissklee 70 bis 90, Kartoffelflocken 16 bis 16.50, Speisekartoffeln 3.50 bis 4, Netzekartoffeln 3.50—4, Fabrikkartoffeln für 1 kg% 17 Groschen, Trockenschnitzel 7.50 bis 8, blauer Mohn 58 bis 62, Leinkuchen 16.50 bis 17, Rapskuchen 13.50 bis 14, Sonnenblumenkuchen 19.50—20.50, Kokoskuchen 14.50—15.50, Sojaschrot 21—22. Stimmung: ruhig. Der Gesamtumsatz beträgt 2782 t. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 657, Weizen 285, Braugerste 120, Einheitsgerste 170, Sammelgerste 160, Hafer 224, Roggenmehl 245, Weizenmehl 25, Roggenkleie 75, Weizenkleie 15, Fabrikkartoffeln 225, Speisekartoffeln 45, Rübsen 33 t.

Getreide. Posen, 28. November. Amtliche **Notierungen für 100 kg in zł frei Station** Poznań.

Richtpreise:

Roggen, diesjähriger, gesund, trocken	12.25—12.50
Weizen	17.50—17.75
Braugerste	15.00—16.00
Mahlgerste 700—725 g/l	13.75—14.25
670—680 g/l	13.25—13.50
Hafer	15.00—15.75
Roggen-Auszugsmehl (55%)	18.50—19.25
Weizenmehl (65%)	27.00—27.50
Roggenkleie	9.25—9.75
Weizenkleie (mittel)	9.25—10.00
Weizenkleie (grob)	10.25—10.75
Gerstenkleie	9.75—11.00
Winterraps	43.00—44.00
Winterrübsen	41.00—42.00
Leinsamen	36.00—38.00
Senf	34.00—36.00
Viktoriaerbsen	25.00—30.00
Folgererbsen	21.00—23.00
Blaulupinen	9.50—10.00
Gelblupinen	11.00—11.50
Rotklee, roh	90.00—100.00
Rotklee (95—97%)	120.00—130.00
Weissklee	75.00—95.00
Schwedenklee	160.00—175.00
Speisekartoffeln	3.75—4.50
Fabrikkartoffeln in Kiloprozent	20
Weizenstroh, lose	2.00—2.20
Weizenstroh, gepresst	2.60—2.80
Roggenstroh, lose	2.25—2.50
Roggenstroh, gepresst	2.75—3.00
Haferstroh, lose	2.75—3.00
Haferstroh, gepresst	3.25—3.50
Gerstenstroh, lose	1.50—2.00
Gerstenstroh, gepresst	2.40—2.60
Heu, lose	6.00—6.50
Heu, gepresst	6.50—7.00
Netzeheu, lose	7.00—7.50
Netzeheu, gepresst	7.50—8.00
Leinkuchen	16.50—16.75
Rapskuchen	13.50—13.75
Sonnenblumenkuchen	19.50—20.00
Sojaschrot	21.00—22.00
Blauer Mohn	62.00—64.00

Tendenz: ruhig.

Gesamtumsatz 2737.2 t, davon Roggen 648, Weizen 537, Gerste 530, Hafer 195 t.

Getreide. Danzig, 27. November. Amtliche Notierung für 100 kg in Gulden: Weizen 130 Pfd. 18.00, Roggen 120 Pfd. zur Ausfuhr 13.65, Gerste feine 16—16.50, Gerste mittel lt. Muster 15.25—15.75, Gerste 114/15 Pfd. 14.90, Futtergerste 110/11 Pfd. 14.60, Futtergerste 105/06 Pfd. 13.95, Hafer 15—17.25, Hafer feiner feinster darüber, Viktoriaerbsen 25—31, grüne Erbsen ohne Handel, Peluschken 23—26, Ackerbohnen 19—19.25, Gelbsenf 36 bis 40, Wicken 21.50—23.50, Buchweizen 15.35—16. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 11, Roggen 7, Gerste 33, Hafer 32, Hülsenfrüchte 25, Kleie und Oelkuchen 12, Saaten 5.

Verantwortlich für Politik: Hans Machatscheck; für Wirtschaft: Eugen Petrull; für Lokales, Provinz und Sport: Alexander Jursch; für Feuilleton und Unterhaltung: Alfred Loake; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrull; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. — Druck und Verlag: Concordia, Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo, Sämtliche in Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25.

Gottesdienstordnung für die kathol. Deutschen
vom 30. November bis 7. Dezember 1935.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7.30 Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Predigt und Amt (Armensammlung); 3 Uhr: Vesper und hl. Segen. Montag, 7.30 Uhr: Gesellenverein. Donnerstag, 7.30 Uhr: Kirchenchor. Täglich um 6 Uhr: Novenne-Andacht. Montag, Dienstag und Mittwoch werden im Caritas-Büro die Beiträge für die Sterbevorsorge entgegengenommen.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	10	„
Stellengesuche pro Wort	5	„
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	„

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Verkäufe

vermittelt der Kleinanzeigenteil im Pos. Tageblatt! Es lohnt, Kleinanzeigen zu lesen!

Sichere Existenz
Herrenartikelgeschäft, gut eingeführt am Platze, Nähe d. Schlosses, krankheitshalber günstig abzutreten. Anfragen: Stary Rynek 75, W. 4.

Ein gut erhaltener schlesischer
Plauwagen
neu renoviert, steht preiswert zum Verkauf.
Fa. M. Schön,
Wagenbau u. Sattlermeister, Kościan.

Existenz in Danzig!
Grundstück i. Geschäftszentrum Langfuhrs, 2 Läden (1 frei) u. Wohnungen, zwangswirtschaftsfrei, günstig zu verkaufen Anzahlung 20 000 zł, Rest 25 000 G. Hypothek. Offert. unter 672 a. d. Geschst. d. Ztg.

Gut eingeführtes
Altwarengeschäft
wegen Auswanderung günstig zu verkaufen. Off. u. 669 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kaufgesuche

Landwirtschaft
Suche 3—500 Morgen guten Boden mit möglichst guten Gebäuden bei Barzahlung zu kaufen
Jeske
Starczanowo
b. Mur. Goślina.

Wild u. Hofgeflügel
Reh — Rotwild — Hasen kauft gegen sofortige Kasse
„Majątek Młodzikowo"
Wild- u. Geflügelhandlung
Poznań, św. Marcin 34.

Geldmarkt

Hypothek
gegen I. Sicherheiten für Erbauseinandersetzung gesucht. Off. unt. 671 a. d. Geschst. d. Zeitung.

Stellengesuche

Suche z. 1. Dezember
Stellung
als Stuben- od. Kindermädchen mit Nähkenntnissen. Noch nicht in Stellung gewesen. Off. unter 662 a. d. Geschst. dieser Zeitung.

Stellung
sucht 28 J. alter deutscher Fleisch- u. Wurstmachergeselle in Posen. Zuschriften erbittet
Alfr. Ruschig
Sponsberg
Breslau Land I.

Wirtschaftsinspektor
mit 16jähriger Praxis, ledig, 34 J. alt, sucht zum 1. Januar oder 1. April 1936 Stellung. Offert. unter 668 an die Geschst. dieser Zeitung.

Vermietungen

Jasna
9, Parterre, Garten, Zentralheizung: 5 Zimmer 140 zł, **3 Zimmer** 95 zł, 2 Zimmer ohne Küche 50 zł. Haushälter.

Unterricht

English lady
gives lessons conversation.
Szamarzewskiego 8, Wohnung 7.

Verschiedenes

Bekannte
Wahrsagerin Adarelli sagt die Zukunft aus Ziffern und Karten.
Poznan,
ul. Podgórna Nr. 13
Wohnung 10, Front.